



XIV. Legislaturperiode

XIV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 66

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 66

.....
vom 15.09.2010

.....
del 15.09.2010

Präsident
Vizepräsident

Dr. Dieter Steger
Mauro Minniti

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 66

Vom 15.09.10

Inhaltsverzeichnis

Beschlussantrag Nr. 146/09 vom 12.8.2009, eingebracht von den Abgeordneten Heiss und Dello Sbarba, betreffend: Von der Annexion zur Autonomie: Landesausstellung 2012 als Plattform für ein neues Geschichtsbewusstsein Seite 1

Beschlussantrag Nr. 149/09 vom 17.8.2009, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend: In Sinich sowie in allen Sozialwohnungen des Landes ist jenen Familien, die ein unzivilisiertes Verhalten an den Tag legen, die unverzügliche Wohnungskündigung auszusprechenSeite 8

Wahl eines neuen Mitgliedes der dritten Gesetzgebungskommission anstelle des ehemaligen Landtagsabgeordneten Christian Egartner“ (die Behandlung dieses Punktes wurde in der außerordentlichen Landtagssitzung vom 21. Juli 2010 auf die Sitzungsfolge des Monats September vertagt) Seite15

Wahl eines neuen Mitgliedes der vierten Gesetzgebungskommission anstelle des ehemaligen Landtagsabgeordneten Christian Egartner“ (die Behandlung dieses Punktes wurde in der außerordentlichen Landtagssitzung vom 21. Juli 2010 auf die Sitzungsfolge des Monats September vertagt).Seite 15

Namhaftmachung der Mitglieder (7) der beim Präsidium des Ministerrates eingerichteten ständigen Kommission für die Probleme Südtirols (Paketmaßnahme 137)Seite 16

Namhaftmachung eines neuen Ersatzmitgliedes der Bezirkswahlkommission Bozen Unterkommission Bozen – anstelle es vom entsprechenden Amt zurückgetretenen Mitgliedes Neri Defant . . .Seite 18

RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 66

del 15.09.10

Indice

Mozione n. 146/09 del 12.8.2009, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, concernente: Dall'Annession all'Autonomia: la mostra interregionale 2012 come piattaforma per una nuova coscienza storica pag. 1

Mozione n. 149/09 del 17.8.2009, presentata dal consigliere Seppi, riguardante: A Sinigo, così come in tutte le case IPES della provincia, si provveda a sfrattare tutte le famiglie che insistono nel mantenere dei comportamenti incivili pag. 8

Elezione di un nuovo/una nuova componente della terza commissione legislativa in sostituzione dell'ex consigliere provinciale Christian Egartner“ (la trattazione di questo punto è stata rinviata nella seduta straordinaria del Consiglio provinciale del 21 luglio alla tornata di sedute del mese di settembre) pag. 15

Elezione di un nuovo/una nuova componente della quarta commissione legislativa in sostituzione dell'ex consigliere provinciale Christian Egartner“ (la trattazione di questo punto è stata rinviata nella seduta straordinaria del Consiglio provinciale del 21 luglio alla tornata di sedute del mese di settembre).pag. 15

Designazione dei membri (7) della commissione permanente per i problemi della provincia di Bolzano, istituita presso la Presidenza del Consiglio dei Ministri (misura 137 del “Pacchetto”). pag. 16

Designazione di un nuovo/una nuova componente supplente della commissione elettorale circondariale di Bolzano – sottocommissione di Bolzano – in sostituzione di Neri Defant, dimissionario della relativa caricapag. 18

Beschlussvorschlag: Überprüfung des Berichtes der Wahlbestätigungskommission und Kenntnisnahme des Ergebnisses der von der Kommission vorgenommenen Untersuchungen hinsichtlich der Stellung der zu Gemeinderatsmitgliedern gewählten Landtagsabgeordneten Seite 18

Namhaftmachung, auf Vorschlag der politischen Minderheit, eines neuen effektiven Mitgliedes des Landesbeirates für Chancengleichheit für Frauen anstelle der vom entsprechenden Amt zurückgetretenen Frau Katrin Mall Seite 21

Landesgesetzentwurf Nr. 63/10: "Änderung des Landesgesetzes vom 8. Februar 2010, Nr. 4, 'Einrichtung und Ordnung des Rates der Gemeinden' im Bereich der Beantragung der aufhebenden Volksabstimmung" Seite 22

Landesgesetzentwurf Nr. 65/10: „Die Oberstufe des Bildungssystems des Landes Südtirol“ Seite 30

Proposta di deliberazione: Proposta di deliberazione: esame della relazione della commissione di convalida e presa d'atto del risultato degli accertamenti della commissione in ordine alla posizione di consiglieri/consigliere provinciali eletti/elette consiglieri/consigliere comunali pag. 18

Designazione, su proposta della minoranza politica, di una nuova componente effettiva della commissione provinciale per le pari opportunità per le donne in sostituzione della sig.ra Katrin Mall, dimissionaria della relative carica pag. 21

Disegno di legge provinciale n. 63/10: "Modifica della legge provinciale 8 febbraio 2010, n. 4, 'Istituzione e disciplina del Consiglio dei Comuni', riguardo alla richiesta di referendum abrogativo" pag. 22

Disegno di legge provinciale n. 65/10: "Secondo ciclo di istruzione e formazione della Provincia autonoma di Bolzano" pag. 30

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del Presidente: Dr. Dieter Steger

Ore 10.09 Uhr

(Namensaufruf – Appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

HOCHGRUBER KUENZER und STIRNER BRANTSCH (Sekretärinnen - SVP): *(verlesen das Sitzungsprotokoll – leggono il processo verbale)*

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del Vicepresidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Continiamo con la trattazione dell'ordine del giorno.

Punto 33 dell'ordine del giorno: „**Mozione n. 146/09 del 12.8.2009, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, concernente: Dall'Annession all'Autonomia: la mostra interregionale 2012 come piattaforma per una nuova coscienza storica .**”

Punkt 33 der Tagesordnung: „**Beschlussantrag Nr. 146/09 vom 12.8.2009, eingebracht von den Abgeordneten Heiss und Dello Sbarba, betreffend: Von der Annexion zur Autonomie: Landesausstellung 2012 als Plattform für ein neues Geschichtsbewusstsein.**“

Von der Annexion zur Autonomie: Landesausstellung 2012 als Plattform für ein neues Geschichtsbewusstsein

In Südtirol brechen immer wieder Debatten um die gelungene oder verfehlte Bewältigung der Vergangenheit auf, um erfolgreiche oder versäumte Aufarbeitung der Geschichte Südtirols, nicht zuletzt stehen die unterschiedlichen Geschichtsbilder innerhalb der Sprachgruppen des Landes auf dem Prüfstand.

Die Diskussionen verlaufen auf politischer und medialer Ebene, sie sind vielfach aufgeheizt, hektisch und oft unversöhnlich. Sie entzündeten sich vorab an Denkmälern und Monumenten, die sich in ihrer gegenwärtigen Präsenz ohne jeden historischen Kontext und Information darstellen und damit immer wieder für politische Instrumentalisierung genutzt werden.

Trotz häufiger Beschwörung der Geschichte in Politik und Öffentlichkeit ist der Mangel an Geschichtskennntnissen und -bewusstsein unter vielen BürgerInnen in Südtirol bedauerlich. Das erhebliche Ausmaß an Unkenntnis und Fehlinformation zählt gewiss zu den Haupthindernissen einer Annäherung von Geschichtsbildern und ein besseres Verständnis der Geschichte.

Die Einsicht, dass es einer verbesserten und vertieften Geschichtskultur und einer erneuerten Didaktik oder Vermittlung bedarf, setzt sich nun aber allmählich durch. Die Formen der Geschichts-Vermittlung müssen die jeweiligen Adressaten berücksichtigen und auf unterschiedliche Generationen und Sprachgruppen abgestimmt sein, um nur zwei wichtige Koordinaten zu nennen. Wichtig ist aber auch eine sorgfältige Abstimmung von verschiedenen Ebenen der Vermittlung: Schulbücher, Unterrichtsmaterialien in Papier- oder Digitalform, Bildmedien wie Filmdokumentationen und Fernsehfilme, wissenschaftliche Texte oder Ausstellungen bedürfen einer ganz bestimmten Darstellungsweise und Formensprache, um eine Wirkung zu erzielen, die über den schnellen Effekt hinausreicht, um nachhaltige Bildung und Aufklärung zu erzielen.

Zu den wichtigsten Vermittlungsformen von Geschichtsbewusstsein und –wissen zählen Ausstellungen, die über viele Ebenen ein großes Publikum unterschiedlicher Adressaten erreichen. Historische Ausstellungen, die mit Objekten, Bildern und Medien, mit Animation und Didaktik arbeiten, erzielen dank ihrer Aussagekraft und sorgfältiger Vermittlung oft nachhaltige Wirkung. Südtirol hat in den letzten 15 Jahren im Rahmen seiner expansiven Museumslandschaft eine rührige Ausstellungstätigkeit entfaltet, die auch international bestehen kann. Die großen Erfolge archäologischer oder künstle-

rischer Ausstellungen oder von Themen mittelalterlicher Geschichte, letzthin auch der LA 09 machen neben dem Publikumserfolg deutlich, welch hohes Niveau der Präsentation erzielt wurde.

Umso sinnvoller wäre es, die im Land vorhandene Expertise und Kennerschaft zu nutzen, um in mittlerer Frist eine große Ausstellung zur Zeitgeschichte Südtirols im europäischen Kontext aufzuziehen.

Das Projekt einer Ausstellung sollte folgende Ziele anstreben:

Vermittlung von Zeitgeschichte aus unterschiedlichen Sichtweisen: Aus der Perspektive der Zeitgenossen, unterschiedlicher Sprachgruppen und aus dem aktuellen Wissensstand; unter regionalen, überregionalen und europäischen Blickpunkten;

Vermittlung vor allem an Schüler und Jugendliche, denen nachhaltige Lernerfahrungen nahegebracht werden sollten;

eine Vermittlungsweise, die es den Angehörigen unterschiedlicher Sprachgruppen und Kulturen ermöglicht, unterschiedliche historische Erfahrungen nachzuvollziehen; es ginge darum, nicht nur die "eigene" Geschichte zu begreifen, sondern auch Einsicht und Empfindung für andere Positionen zu gewinnen.

Termin und Thema einer zeitgeschichtlichen Landesausstellung liegen nahe: im Jahr 2012, 90 Jahre nach der faschistischen Machtergreifung 1922 und 40 Jahre nach der Verabschiedung des Zweiten Südtiroler Autonomiestatus 1972 würde sich das Rahmenthema "Von der Annexion zur Autonomie" geradezu anbieten.

Die Etappen der politischen Geschichte, der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Südtirols in diesen sechs Jahrzehnten wären ein herausforderndes, aber auch lohnendes Ausstellungsthema. Eine gelungene Präsentation könnte dazu beitragen, Geschichtswissen und Geschichtskultur unter allen Sprachgruppen des Landes wesentlich zu verbessern und ein erweitertes Bild einer europäisch inspirierten Landesgeschichte auch nach außen zu vermitteln.

Als Ausstellungsort wäre Franzensfeste eine erste Wahl, da die Festung in Ausstrahlung, Logistik und Erreichbarkeit inzwischen bewährt und kaum zu übertreffen ist.

Daher

beauftragt

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Südtiroler Landesregierung,

durch eine Expertengruppe aus dem Feld der Geschichte, Schule, des Museums- und Ausstellungsbereichs und anderer Institutionen die Machbarkeit und die Kosten des Ausstellungsprojekts "Von der Annexion zur Autonomie" in kurzer Frist prüfen zu lassen;

nach entsprechendem Gutachten den Beschluss zur Ausrichtung für das Jahr 2012 zu fassen und die weiteren Schritte im Hinblick auf Trägerschaft, Architektur und Gestaltung der LA 2012 zügig einzuleiten.

Dall'Annessione all'Autonomia: la mostra interregionale 2012 come piattaforma per una nuova coscienza storica

In Alto Adige sorgono regolarmente discussioni sull'avvenuto o mancato superamento del passato e sulla riuscita o trascurata rielaborazione della storia dell'Alto Adige. Inoltre, non di rado si confrontano i diversi modi che hanno i gruppi linguistici di intendere gli avvenimenti storici.

Il dibattito si svolge a livello politico e nei media, spesso e volentieri le discussioni sono infuocate, cariche di tensione e accanite. Iniziano ad accendersi quando si parla di monumenti che senza contestualizzazione storica e privi di tabelle esplicative vengono ripetutamente strumentalizzati politicamente.

Nonostante nella politica e nell'opinione pubblica si evochi spesso la storia, la mancanza di conoscenza e coscienza storica che si riscontra in gran parte della popolazione è deplorabile. La grande ignoranza e le informazioni sbagliate costituiscono sicuramente uno dei maggiori ostacoli all'avvicinamento del modo di vedere la storia e a una migliore compressione della stessa.

Si sta piano piano facendo strada l'idea che ci vuole una migliore e più approfondita cultura della storia nonché una didattica o trasmissione rinnovata. I modi e le forme di trasmissione della storia devono tenere conto dei destinatari ed essere adeguate alle diverse generazioni e ai vari gruppi linguistici, tanto per elencare due elementi importanti. E' però anche importante coordinare con cura i vari

livelli di trasmissione: testi scolastici, materiale didattico in forma cartacea o digitale, materiale video come documentari e film televisivi, pubblicazioni scientifiche oppure mostre richiedono apposite presentazioni, allestimenti, forme e linguaggi, per avere un'efficacia che non sia solo momentanea, per contribuire a formare una cultura che duri nel tempo e per fare luce e spiegare.

Tra le forme più importanti per trasmettere conoscenza e coscienza storica vi sono le mostre che a diversi livelli raggiungono un vasto pubblico di interessati di vario genere. Vi sono mostre storiche che con oggetti, immagini e media, lavorando con animazione e didattica, lasciano spesso un segno duraturo dovuto alla loro forza espressiva e a un'accurata veicolazione di contenuti. Negli ultimi 15 anni l'Alto Adige, nel quadro di una rete museale in espansione, ha svolto un'intensa attività espositiva che non sfigura a livello internazionale. I grandi successi di mostre archeologiche o di arte o di temi riferiti alla storia medievale nonché, di recente, la mostra interregionale 2009, sono, oltre al successo di pubblico, un segno dell'alto livello raggiunto nella presentazione e nell'allestimento.

A maggior ragione sarebbe utile avvalersi delle capacità e della professionalità esistenti in provincia, per realizzare a medio termine una grande mostra di storia contemporanea dell'Alto Adige nel contesto europeo.

Il progetto della mostra dovrebbe avere i seguenti obiettivi:

comunicare la storia contemporanea da vari punti di vista: da quello dei testimoni, da quello dei vari gruppi linguistici e da quello dell'attuale stato di conoscenza, con prospettive regionali, sovraregionali ed europee;

trasmissione di conoscenza soprattutto a scolari e giovani, ai quali bisognerebbe offrire esperienze educative pregnanti;

un modo di comunicazione che consenta agli appartenenti ai diversi gruppi linguistici e alle diverse culture di comprendere esperienze storiche diverse tra loro; si tratterebbe di non limitarsi a comprendere la "propria" storia, ma avere comprensione e sensibilità per altre posizioni.

La data e il tema di una mostra di storia contemporanea quasi s'impongono: il 2012, 90 dopo l'ascesa al potere del fascismo nel 1922 e a 40 anni dall'approvazione del secondo Statuto di autonomia nel 1972 così come il tema generale "Dall'Annessione all'Autonomia".

Le tappe della storia politica, dello sviluppo sociale, economico e culturale dell'Alto Adige in questi sei decenni costituirebbero un tema non certo facile, ma che può dare ottimi risultati. Una presentazione riuscita potrebbe contribuire a migliorare decisamente le conoscenze di storia e la cultura storica fra tutti i gruppi linguistici della provincia, trasmettendo un'immagine, anche verso l'esterno, di una storia locale di ispirazione europea.

Come luogo della mostra, la prima scelta cadrebbe su Fortezza, perché il forte è nel frattempo un luogo di grande attrazione, è ben attrezzato e si trova in posizione strategica. Difficilmente si potrebbe trovare di meglio.

Per questo motivo,

**IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA
AUTONOMA DI BOLZANO**

incarica

la Giunta provinciale

di far verificare in tempi brevi da un gruppo di esperti nei campi della storia, della scuola, in campo museale e nell'allestimento di mostre, assieme ad altre istituzioni, la fattibilità e i costi di un progetto di mostra "Dall'Annessione all'Autonomia";

una volta ottenuto il relativo parere, di predisporre celermente la delibera di indirizzo per l'anno 2012 e di compiere gli ulteriori passi per quanto riguarda i promotori, l'architettura e l'allestimento della mostra interregionale 2012.

La parola al consigliere Heiss per l'illustrazione.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Der Beschlussantrag ist, wenn man so will, selbsterklärend. Es geht in den Prämissen darum, dass Geschichte nach wie vor in Südtirol ein Kampfplatz ist. Es ist ein Feld der Auseinandersetzung zum einen – das können wir alle Tage feststellen, auch in der Sendung „Pro und Contra“ gestern Abend – und zum anderen ist das Thema Geschichte nach wie vor umstritten bzw. um-

kämpft von verschiedenen politischen Positionen, von weltanschaulichen Richtungen und je nach Sprachgruppe und Kultur. Was aber besonders ins Gewicht fällt, ist die erhebliche Unkenntnis über wichtige Etappen und Momente unserer gemeinsamen Landesgeschichte, denn wir als halbwegs Kundige gehen davon aus, dass die Entwicklung unseres Landes in den Grundzügen zumindest bekannt ist. Man kann darüber auch trefflich streiten. Aber bereits einfaches Nachfragen bei Zeitgenossen führt zur Einsicht, dass diese Kenntnisse bei weitem nicht verbreitet sind. Das ist also der Ausgangspunkt, diese sehr rege Diskussionskultur, diese regen Kontroversen, in denen natürlich auch unversöhnliche Standpunkte aufeinander prallen, aber Geschichte ist keine Versöhnungsmaschine. In Geschichte geht es nicht darum, dass man eine einheitliche Deutung bzw. Meinung über sämtliche gesellschaftlichen und politischen Gruppen streut. Es gibt nicht die Illusion, dass hier alle ein einziges Geschichtsbild haben, aber es gibt die Möglichkeit, ein kommunikatives Geschichtsbild zu entwickeln, in denen Kontroversen positiv ausgetragen werden können und in denen Auseinandersetzungen fruchtbar gemacht werden können. Ich glaube, das ist ein wichtiges Ausgangsmoment von Geschichte. Geschichte ist das Lernfeld, in dem alle von einander lernen und damit ein Stück weiter kommen ohne die jeweiligen Positionen preiszugeben. Die Ebenen der Geschichtsvermittlung sind in diesem Zusammenhang zentral. Wir wissen, dass Geschichte auf den klassischen Ebenen von Büchern oder anderen Printmedien präsentiert werden kann. Wir kennen Geschichte zunehmend als mediales Element, als Element der Doku-Fiction im Fernsehen, im Internet, als Element von Filmen. Wir kennen Geschichte in der Vermittlung über größere Ausstellungen. Dieser Vorschlag zielt darauf, zu einem das Thema Geschichte zu präsentieren, zum anderen die Frage einer Ausstellung aufzuwerfen und zu sagen: Wir haben die Chance in einem großen Ausstellungsort die Geschichte Südtirols, des südlichen Tirols, der Provinz Bozen, je nach dem wie man das sieht, zwischen den Jahren 1922 und 1970 über diese 50, 60 Jahre hinweg zu präsentieren. Es bietet sich ein bestimmtes Jubiläum an, eben das Jahr 2012, in dem diese Retroperspektive möglich wäre, und es bietet sich auch ein herausragender Ausstellungsort an, nämlich Franzensfeste, der sich als Ausstellungsort auch bewährt hat. Franzensfeste ist im Gegensatz zu Bozen oder anderen Orten ein geschichtsneutraler Ort. Es ist ein Ort, der eigentlich keine Geschichte hat, eine Festung, die nie bekämpft oder belagert wurde, aber es ist ein enorm ausstrahlungsstarker Container, das wissen wir von den Landesausstellungen, das wissen wir auch von den heurigen Beispielungen. Wir wissen aber auch, dass die Franzensfeste an sich nur schwer zu einer langfristigen und konkreten Nutzung findet. Aus diesem Grund das Plädoyer für diese Landesausstellung und für den Standort Franzensfeste, der sich hier wirklich anbieten würde. Die Ausstellung 09 ist sehr gut mit diesem Standort gefahren, deswegen diese Empfehlung und Anregung. Wir glauben auch, dass es an der Zeit wäre, wieder eine historische Ausstellung dieser Dimension zu starten. Die letzte große zeitgeschichtliche Ausstellung hat es 1989 gegeben, die Optionsausstellung, am Beginn der Ära Durnwalder. Ein wichtiges Signal, das vor allem dazu geführt hat, dass das Thema Option zum ersten Mal öffentlich diskutiert wurde, dass dieses bisherige Beschweigen dieses Themas aufgehoben wurde und dass auch die italienische Sprachgruppe und die Ladinier dieses Thema aufgegriffen haben. Deswegen dieser Vorschlag. Es ist ein wichtiges Thema, ein wichtiger Standort, eine wichtige Form der Vermittlung. Die Aussage ist klar, wir freuen uns auf die Diskussionsbeiträge.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Hans Heiss hat in vielerlei Hinsicht Recht, auch darin, dass sich Ausstellungen sehr gut eignen, um junge Leute, aber auch etwas ältere, zu ermuntern und anzuregen, sich mit einem Kapitel der Geschichte zu befassen oder bestimmte Ereignisse zu vertiefen. Das sieht man in sehr vielen Fällen, dass das ein guter Zugang ist. Zur Förderung des Interesses der Geschichte überhaupt. Es gibt sehr viele gute Geschichtsbücher, es gibt auch sehr viele gute moderne bebilderte Bücher, aber noch direkter ist der Anschauungsunterricht, also wenn Gegenstände ausgestellt werden, wenn anhand von konkretem Kartenmaterial etwas nachvollziehbar ist, das hat sich bewährt. Insofern gebe ich Hans Heiss Recht, dass das eine wichtige Zugangsvermittlung ist. Die Kriterien sind aber wichtig und hier muss ich ins Allgemeine gehen. Sven Knoll wird dann einige konkrete Anregungen und Änderungswünsche anbringen. Wenn von gelungener oder verfehlter Bewältigung die Rede ist, dann geht es natürlich auch um Absichten, dann geht es darum, ob Geschichte objektiv vermittelt wird oder nicht. Aber es geht immer wieder um die Frage, wie hält man es mit Recht und Gerechtigkeit. Insofern kann ich dem nicht zustimmen, was Hans Heiss sagt, dass es nicht um eine einheitliche Deutung geht, sondern dass es immer wieder um bestimmte Standpunkte geht. Leider Gottes hat die Ideologie in vieler Hinsicht großen Einfluss darauf, aber gerade das will man mit Vermittlung von Geschichte, mit möglichst objektiver Vermittlung von Geschichte, ausbessern, damit die Sicht auf geschichtliche Ereignisse sich von den Ideologien trennt. Wenn man es nur nach einer einzigen Ideologie ausrichtet, wird man wieder geschichtsblind. Es geht also um die Ausrichtung, um das Bemühen, die verschiedenen geschichtlichen Ereignisse ausgewogen zu vermitteln, und zwar wie sie sich zugetragen haben. Die ideologische Scheibe ist gefährlich. Wenn es um gelungene oder ver-

fehlt Bewältigung geht, dann heißt das, dass irgendwo schon etwas manipuliert war bzw. bereits die Absicht der Manipulation bestanden hat. Das sollte nicht sein! Es ist ganz klar, dass sich Geschichte oder das unterschiedliche Geschichtsbild oder die falsche Vermittlung von Geschichte immer wieder an den Denkmälern in Südtirol festmacht. Ich brauche da nichts mehr zu wiederholen. Ich sage nur, dass wie viele junge Italiener und Italienerinnen mir bestätigen, dass sie zwar in der italienischen Volksschule jeden Bach in Apulien und Sizilien kennen gelernt haben, aber nicht wissen, wo Brixen und Gossensaß liegt.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Diesem Antrag kann man viel Positives abgewinnen. Ich denke, die Thematik, die hier Hans Heiss dargestellt hat, ist sicherlich dazu angetan, um das Geschichtswissen zu stärken. Ich möchte einen Satz herausgreifen, den er geschrieben hat. „Eine gelungene Präsentation könnte dazu beitragen, Geschichtswissen und Geschichtskultur unter allen Sprachgruppen des Landes wesentlich zu verbessern und ein erweitertes Bild einer europäisch inspirierten Landesgeschichte auch nach außen zu vermitteln.“ Wie kommen wir zu einem gemeinsamen Geschichtsbild in diesem Land? Ich habe immer ein Problem, wenn es vor allem Zeithistoriker, und damit meine ich nicht Hans Heiss, versuchen, Geschichte zu interpretieren. Da fällt mir die Frage einer italienischen Journalistin ein, die ich einmal in einer Fernsehdiskussion gehört habe, welche gefragt hat, was der Unterschied zwischen Gott und einem Zeithistoriker sei. Die Antwort lautet: Gott kann die Vergangenheit nicht mehr ändern. Das heißt im Klartext, dass leider Gottes einige Zeitgeschichtler glauben, sie müssten die Geschichte dauernd umschreiben. In diesem Land, wo wir aus meiner Sicht zu wenig gemeinsame Erinnerungskultur bzw. Geschichtskultur haben, kommen wir nicht dazu hin, indem man Geschichte so oder anders darstellt, sondern indem man Geschichte darstellt, wie sie war, mit unterschiedlicher Herkunft der Italiener, der Ladinen und der Deutschen, das ist klar. Wenn es darum geht, hier die zwei Eckdaten herauszugreifen, Annexion und Autonomie, - ich muss ein weiteres rundes Jahr anbieten, das Jahr 1992 mit dem Paketabschluss, es ist vielleicht zu kurz her, ... Der Ansatz ist schon in Ordnung, Kollege Heiss, ... Ich habe die konkrete Frage, wie so eine Expertengruppe zusammengesetzt ist. Das Entscheidende ist, dass die so objektiv wie möglich gestaltet wird, dann hätte ich nichts dagegen. Ich bin auch dafür, dass man der Franzensfeste eine dauerhafte Zweckbestimmung gibt, weil sie sich wirklich dazu anbietet und weil sie auch die räumlichen Voraussetzungen dazu hat. Es wäre schade, diese Festung nur sporadisch und teilweise öffentlich zugänglich zu machen, weil wir auch dafür zahlen müssen, beispielsweise die Miete. Ich möchte jetzt auf die Antwort der Landesrätin warten, ich möchte wissen wie die Landesregierung dazu steht. Das Ansinnen ist hundertprozentig zu teilen. Wie man dahin kommt, das ist die große Problematik, und da habe ich meine Sorgen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wenn es um Geschichtsthemen geht, wird Hans Heiss immer mein Interesse wecken. Ich möchte aber auf etwas hinweisen, was ich ein bisschen problematisch an diesem Beschlussantrag sehe, und zwar die Tatsache, dass sich das Vorhaben nur auf Südtirol beschränkt. Hans Heiss kommt uns mit diesem Beschlussantrag etwas zuvor, weil wir eine ähnliche Initiative geplant haben. Also wäre meine Frage dazu, ob man so etwas nicht gemeinsam ansinnen könnte. Kollegin Kasslatter-Mur erinnert sich vielleicht daran. Als die Ausstellungseröffnung in der Franzensfeste war, haben wir bei einem Kaffee zusammen mit Landesrätin Palfrader darüber diskutiert, was man aus dieser Franzensfeste machen könnte. Da kam die Idee auf, diese Franzensfeste für ein Museum für Zeitgeschichte zu nützen, weil diese Franzensfeste am Schnittpunkt zwischen Nord-, Ost- und Südtirol liegt und sich somit für alle Landesteile, geografisch gesehen und auch aufgrund der Struktur, für ein solches Museum eignen würde. Darum hatten wir angedacht nicht für das Jahr 2012, sondern für das Jahr 2014, wegen dieses Datums „100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkrieges“ eine Landesausstellung „100 Tiroler Jahre“ zu machen, d. h. 100 Jahre Entwicklung in ganz Tirol, in Nord-, Ost-, Süd- und Welschtirol, um dieses Geschichtsempfinden und die Entwicklung, die diese vier Tiroler Landesteile in diesen 100 Jahren genommen haben, aufgrund einer Landesausstellung darzubringen. Wir erleben es leider immer wieder, dass Kinder aus Südtirol und, umgekehrt, aus Nordtirol, von Welschtirol reden wir gar nicht, jeweils sehr wenig von den anderen Landesteilen und die dortige Entwicklung und über die Geschichte wissen. Ich möchte hier nur ein Beispiel nennen: Ich bin in diesen Tagen ziemlich viel in Nordtirol unterwegs, weil wir Unterschriften für die Petition für die doppelte Staatsbürgerschaft sammeln, und da kommt man immer wieder mit Menschen ins Gespräch, auch über Geschichtsthemen. Sehr, sehr oft höre ich gerade in Nordtirol den Hinweis, dass es in Südtirol eine Abstimmung gegeben und die Mehrheit sich für Italien entschieden habe. Man sieht wie oft das Thema Option und Rückoption mit tagespolitischen Dingen vermischt wird und wie notwendig hier eine Aufarbeitung der Geschichte wäre. Daher meine Frage an Hans Heiss, ob er sich vorstellen könnte, gemeinsam den Antrag zu stellen, vielleicht im Jahre 2014 – bis dahin wäre auch noch die Zeit - eine solche Landesausstellung vorzubereiten. Es stellt sich auch

die Frage an die Kulturlandesrätin - wenn sie zuhören würde -, ob sie bereit wäre, auf so etwas einzugehen. Ich denke, dass das, was Du, Hans Heiss, in diesem Antrag möchtest, nämlich dass der Teil der Südtiroler Geschichte dargebracht wird, in einer solchen Ausstellung mitintegriert werden würde. Man könnte aus Kostengründen eine solche Landesausstellung gemeinsam organisieren - gemeint hatte ich vorher die Ausstellung von Meinhard II, ich glaube, die war im Jahre 1996 -, dass man diese nicht nur auf Südtirol beschränkt und dass man dieses Datum 1914, das nicht nur für Tirol, sondern für ganz Europa ein so einschneidendes Erlebnis war, zum Anlass nimmt, um eine Tiroler Landesausstellung zu organisieren.

URZÌ (Il Popolo della Libertà): Quando si parla di potenziamento dell'autocoscienza, della consapevolezza di sé, della consapevolezza delle proprie radici, noi siamo sempre disponibili ad offrire il nostro contributo, se anche questo significasse un'adesione morale, laddove questa ci venga richiesta. Lo spirito che contraddistingue questa mozione rappresenta la volontà di creare una profonda consapevolezza della propria storia. Di questo c'è estremo bisogno nella provincia di Bolzano. Esprimo qualche perplessità in più rispetto ad alcuni riferimenti che sono stati indicati e che forse non fanno giustizia appieno anche del periodo storico che si vorrebbe abbracciare. Si indica quello, perché ricorrono degli anniversari, dal 1922 al 1972. Si trasmette però la falsa idea, riferendosi all'anniversario che fa riferimento alla data del 1922, quindi la marcia su Roma, la conquista del potere da parte del fascismo, soprattutto perché poi il titolo della mostra è "Dall'annessione all'autonomia", che lo spostamento del confine del 1918 in un certo qual modo sia strettamente legato al successivo periodo della dittatura e quindi del fascismo. Forse si ingenera quell'equivoco, sul quale tanto scontro si è animato in provincia di Bolzano, per cui Alto Adige nell'ambito della Repubblica italiana significhi in un certo qual modo mettere in moto le lancette della storia dell'Italia in Alto Adige dal momento del fascismo. Non è così. Il 1918 è una data diversa dal 1922. Forse la stessa scelta della parola "annessione" è una parola molto forte, che rappresenta moltissimo e che fa da contraltare alla parola "vittoria" nella prospettiva e nella lettura che ne danno altri dall'altra parte. Forse dovremmo trovare una via di mezzo, un punto di incontro fra annessione e vittoria nel quale possano incontrarsi, nella condivisione di valori comuni, le popolazioni che altrimenti saranno sempre spinte per l'eternità a riconoscersi appunto nell'annessione o nella vittoria. C'è una terza via, sono convinto, che è forse quella che l'autonomia e lo Statuto hanno indicato. Quindi su questa affermazione colloco le mie perplessità sulla scelta del nome, non sulla volontà di creare consapevolezza sulla propria storia, per cui mi asterrò.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del Presidente: Dr. Dieter Steger

PRÄSIDENT: Das Wort hat Abgeordneter Minniti, bitte.

MINNITI (Il Popolo della Libertà): L'iniziativa dei consiglieri Heiss e Dello Sbarba la condivido pienamente, perché pone in essere un dibattito ma soprattutto un arricchimento. Chi mi conosce, il consigliere Leitner ma soprattutto il consigliere Heiss e altri, sanno che si è molti impegnati in questo ultimo periodo a cercare di creare quella che deve essere una storia comune in Alto Adige. Mi è piaciuto quello che ha detto il consigliere Leitner prima, che siamo ancora un po' troppo giovani in questa provincia per avere una nostra storia ben definita. C'è la necessità di individuare tutte quelle aree e zone di storia che io sottolineo chiamare "perduta". C'è una storia "perduta" in Alto Adige, non è una storia strappata, è una storia che magari si è dimenticata. Quindi tutte le iniziative che servono in qualche maniera a riportare la storia a conoscenza di ogni cittadino non sono solo un invito ma anche un dovere del cittadino.

È chiaro che quando faccio riferimento a questi passaggi dall'annessione all'autonomia non mi può non venire in mente anche quel tragico decennio a cavallo degli anni 50 e 60, ma non è solo quello il momento in cui deve essere ricostruita e riconsegnata la storia. C'è proprio la necessità che in questa nostra terra si conoscano le sensazioni, le culture, le sensibilità di ognuno e quindi di ogni riferimento storico che ogni gruppo linguistico può avere.

Ecco perché l'iniziativa dei colleghi Heiss e Dello Sbarba avrà certamente il mio pieno sostegno, perché anche questo contribuisce ad un arricchimento culturale della nostra provincia.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Ich habe vor einiger Zeit eine Anfrage gestellt, die die Schulbesuche auf Schloss Tirol beinhaltet, und zwar dahingehend, wie die deutschen, die ladinischen und die italienischen Schulen das Schloss benutzen, weil ja dort die Geschichte dargestellt ist. Ich war über die Antwort wirklich be-

stürzt. Ich habe festgestellt, dass die italienischen Schulen Schloss Tirol fast nicht besuchen. Daraufhin haben die Grünen mit einer neuen Anfrage nachgehakt – ich weiß nicht, ob es schon eine Antwort gibt – aber grundsätzlich will ich damit sagen, dass, wenn man so etwas macht, garantiert sein muss, dass die italienische Sprachgruppe so eine Ausstellung auch nutzt. Es kann nicht sein, dass öffentliches Geld investiert wird und man dann nicht hingehet. Das italienische Schulamt ist hier also gefordert. So wie auf Schloss Tirol hinaufzugehen, um Geschichte zu lernen, so sollte sie dann auch zu dieser Ausstellung hingehen. Das ist wichtig. Wir schließen uns der Debatte von gestern an, dass das Erlernen der Sprache nicht klappt, wenn man sich mit diesem Land nicht identifiziert und von diesem Land nichts weiß, dann hat man auch nicht die Motivation, die deutsche Sprache zu lernen. Wenn man schon so eine Ausstellung plant und organisiert, dann muss man auch hingehen. Es sollte nicht sein, dass wir beschließen und finanzieren und die andere Sprachgruppe die Ausstellung dann nicht besucht. Das wollte ich hier mitteilen.

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del Vicepresidente: Mauro Minniti

KASSLATTER MUR (Landesrätin für deutsche Schule, Denkmalpflege, Bildungsförderung, deutsche Kultur und Berufsbildung – SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Hans Heiss! Ich halte diese Idee für eine sehr gute, plädiere im Plenum aber doch für eine Ablehnung dieses so formulierten Antrages mit folgenden Begründungen: 1. Wir müssen uns auf Drei-Länder-Ebene erst noch über die Zukunft der Ausstellungen einigen. Wir wissen nicht, ob und welche Fortsetzung sie finden werden. 2. Wir sind dabei, ich hoffe dieses Jahr noch, unser im Gedenkjahr lanciertes und mittlerweile ausgearbeitetes Geschichtsforschungsinstitut zu präsentieren und anlaufen zu lassen. Ich denke, dass es dann vor allem an dieser Einrichtung liegen wird, solche Ideen und Projekte auf den Weg zu bringen, - wenn Sie nichts dagegen haben. Auch wenn wir Ihren Antrag heute ablehnen, weil ich mich im Detail noch nicht festlegen möchte, leite ich ihn als Anregung weiter. Wir beschäftigen uns mit der Thematik. Wir sind auch mit dieser Autonomiegeschichte unterwegs. Ob es dann von der Annexion oder bereits vorher beginnend startet, wird man sehen. Ich möchte mich dazu nicht definitiv festlegen und bitte deshalb, dass der Landtag diesen Beschlussantrag in dieser Form ablehnen möge.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für die rege Diskussionsteilnahme und für die durchwegs konstruktiven und auch interessanten Beiträge in diesem Zusammenhang. Es sind mehrere Argumente auf das Tapet gekommen, die diesen Antrag betreffen. Zum einen von der Kollegin Klotz, die befürchtet, dass es ideologische Verzerrungen in einer solchen Präsentation geben könne. Ich sage ganz entschieden, dass Geschichte immer multiperspektivisch ist. Es gibt bestimmte Standpunkte. Wichtig ist aber, dass man über verschiedene Standpunkte diskutieren kann und dass sie ein Stück offenbleiben. Es gibt geschichtliche Wahrheiten, die unverrückt sind, aber es gibt bestimmte offene Diskussionspunkte. Gerade im Dialog kommt man hier zusammen. Ich erinnere mich gern, Frau Kollegin Klotz, wie wir auf Schloss Tirol den Bergfried errichtet haben und wie wir ausführliche Diskussionen mit Sepp Mitterhofer über die Bewertung der Attentatsjahre, der Jahre 1960 bis 1964, geführt haben und durchaus auch bestimmten Umformulierungen zugestimmt haben. Er war mit einigen Formulierungen nicht glücklich, aber wir haben im Dialog das Ganze doch einigermaßen auf die Schiene gebracht, sodass er dann diesen gegenüber nicht mehr abgeneigt war. Ich habe es sehr sympathisch gefunden, dass er sich vor Ausstellungseröffnung gemeldet und eingebracht hat. Das also zu Thema Standpunkte. Man kann Standpunkte haben, aber man kann Standpunkte im Austausch ein Stück weit annähern und trotzdem den eigenen Standpunkt nicht verwischen

Kollege Leitner hat auf Geschichte, also auf die Wahrheit hingewiesen. Es gibt Geschichte und man muss sie darstellen, wie sie gewesen ist. Leider Gottes ist es so, dass Geschichte nicht einfach ist. Die Vergangenheit kennen wir niemals zur Gänze und deshalb wissen wir eigentlich nicht, wie Geschichte letztlich gewesen ist. Wir kennen bestimmte Gesichtspunkte, wir kennen gewisse Entscheidungen, aber deswegen gibt es Geschichte immer als Revisions- und Überlegungsprozess. Die Totalität der geschichtlichen Vergangenheit ist uns leider nicht zugänglich.

Kollege Knoll hat diese parallelen Gedankengänge und Gespräche, die er geführt hat, im Zusammenhang mit der Eröffnung der LA 09 erwähnt und ich glaube, wir sind uns einig, auch mit dem Kollegen Leitner, dass die Franzensfeste als Standort wirklich ideal wäre. Sie hat sich bewährt bei der LA 09 und ich denke, dass einige unserer Hinweise doch ganz nützlich sind, Frau Landesrätin. Die Franzensfeste hatte bisher keine voll ausgeformte Nutzung, bis auf den Info-Point des Brennerbasistunnel. Es gäbe also Platz genug und es wäre ein verkehrsgünstiger Standort, der als Container ideal wäre. Das Jahr 2014 ist andenkbar. Wir sind der Meinung, diese

erste Ausstellung war sozusagen ein Probelauf. Das Ganze müsste dann in eine dauerhafte Struktur einmünden. Deswegen wäre das eine modulare Überlegungsweise, zuerst diese ersten 50-60 Jahre und dann die Ausweitung. So könnte man sich das auch vorstellen. Ich wäre dafür, dass man schrittweise vorgeht.

Kollege Urzi hat seine „perplexität“ hervorgehoben mit dem Zusammenklang von „annessione“ und zugleich Machtergreifung des Faschismus im Jahre 1922. Hier sind diese beiden Konzepte zusammengespannt. Wir haben die Magie der Zahlen zu verbinden versucht, 1922 1972. Das ist zwar ein beliebter Trick, aber wir glauben, dass das gut funktionieren könnte, ohne das Ganze ideologisch zu deformieren.

Kollege Minniti hat dem Ganzen vollinhaltlich zugestimmt. Er hat sich in den letzten Wochen in die Diskussion um Attentate und Terrorismus engagiert eingebracht, das war eine interessante Diskussion in Meran. Wir freuen uns, dass das Interesse von seiner Seite auch diese Bereitschaft signalisiert.

Dem, was Kollege Stocker über den Besuch auf Schloss Tirol gesagt hat, kann man nur zustimmen. Es sind inzwischen entsprechende Weisungen an die Schulämter gegangen, um den Besuch etwas gleichförmiger zu gestalten.

Insgesamt sehen wir, dass die Frau Landesrätin den Antrag zwar vorläufig ablehnt, aber mit einem Unterton, der sagt, dass darüber nachgedacht und daran gearbeitet wird. Es wäre aus unserer Sicht wichtig, dass man das Thema aufgreift, dass man in der Franzensfeste eine dauernde Präsentation macht, denn die Franzensfeste bietet sich dazu sehr gut an. Wir gehen in die Richtung einer offenen, engagierten Geschichtspräsentation, die alle drei Länder in einem europäischen Zusammenhang stellt. Wir denken, wir werden mit fliegenden Fahnen untergehen, aber wenn das Konzept weitergeht, dann ist damit der Zweck erreicht.

PRESIDENTE: Metto in votazione la mozione n. 146/09: respinta con 2 voti favorevoli, 16 voti contrari e 11 astensioni.

Potremmo fare il punto n. 36 dell'ordine del giorno. Va bene consigliere Seppi?

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Ben volentieri sono disponibile a trattare la mozione, ma sarebbe anche ovvio che ci fosse l'assessore competente.

PRESIDENTE: Ha perfettamente ragione, lo stiamo già chiamando.

Punto 36 all'ordine del giorno: “Mozione n. 149/09 del 17.8.2009, presentata dal consigliere Seppi, riguardante: A Sinigo, così come in tutte le case IPES della provincia, si provveda a sfrattare tutte le famiglie che insistono nel mantenere dei comportamenti incivili.

Punkt 36 der Tagesordnung: “Beschlussantrag Nr. 149/09 vom 17.8.2009, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend: In Sinich sowie in allen Sozialwohnungen des Landes ist jenen Familien, die ein unzivilisiertes Verhalten an den Tag legen, die unverzügliche Wohnungskündigung auszusprechen.

Le proteste degli inquilini dell'edificio IPES sito in via Damiano Chiesa n. 4 a Sinigo, risultano, da nostre indagini e sopralluoghi, anche in orari notturni, assolutamente giustificate. La rabbia che nasce nei confronti di alcune famiglie assegnatarie di alloggi popolari che vivono al di fuori delle norme previste e sancite dall'IPES e la imperdonabile maleducazione, assieme a un senso di inciviltà radicata che contraddistingue i comportamenti di diversi individui lì residenti, è ampiamente motivata. Gli alloggi popolari, dati inizialmente in uso a famiglie locali e ora occupati anche da zingari ed extracomunitari che hanno altre abitudini di vita e altro senso del vivere civile comportano, per la nostra gente, la sopportazione di situazioni divenute assolutamente inaccettabili.

Non serve elencare le ragioni di questi disagi e gli atti di inciviltà a cui le nostre famiglie sono soggette nelle case IPES per giustamente interpretare il loro disagio e il livello di invivibilità raggiunto in tanti condomini gestiti dall'istituto. Del resto, queste considerazioni, non riguardano solo l'edificio in questione ma si allargano a macchia d'olio su tutto il territorio provinciale investendo quasi tutte le case popolari in cui esistono assegnatari "male educati" non necessariamente configurabili, sempre e solo, nella categoria degli extracomunitari e degli zingari.

Esiste, per ogni assegnatario IPES, un regolamento da rispettare che viene accettato e sottoscritto all'atto della consegna dell'immobile: le norme in esso espresse, quando eluse, non vengono quasi mai sanzionate e questa inaccettabile abitudine all'accondiscendenza, da parte dei responsabili IPES, accentua ancora di più il grave malessere sopra esposto. Noi abbiamo il dovere di garantire

alle nostre famiglie una qualità della vita, all'interno delle case IPES, consona al nostro grado di civiltà, al nostro stile di vita, al nostro civile modo di rapportarci con il prossimo e con gli altri inquilini. Chi non è in grado di garantire queste normali abitudini di convivenza non può più essere tollerato.

Si invita la Giunta provinciale

a prendere doverosamente atto che nelle case IPES di tutta la provincia esistono condizioni di vita assolutamente difficili e a volte insostenibili per le nostre famiglie quando obbligate a convivere, negli stessi edifici, con famiglie che hanno altri stili di vita e un senso dell'educazione e della civiltà assolutamente contrario alle nostre abitudini;

a creare i presupposti affinché l'IPES applichi rigidamente le norme in essere (non serve crearne di nuove!) che regolano la vita e la convivenza all'interno degli edifici popolari; che si smetta quindi di "non pretendere" il rispetto della legge e delle regole; che si sanzionino gli inadempienti; che si provveda all'espulsione, e quindi allo sfratto, dalle case popolari di tutti coloro che non si comportano in modo civile.

Aus unseren Untersuchungen und Lokalausweisen, die auch in den Nachtstunden durchgeführt wurden, geht hervor, dass die Beschwerden der Mieter der Wohnanlage des Wohnbauinstituts in der Damiano-Chiesa-Straße Nr. 4 in Sinich völlig berechtigt sind. Angesichts der Tatsache, dass sich Familien, denen eine Sozialwohnung zugewiesen wurde, nicht an die Regeln des Wohnbauinstitutes halten und dass einige hier wohnhafte Personen eine unverzeihlich schlechte Erziehung an den Tag legen, die sich zu einer verwurzelten Unzivilisiertheit gesellt, ist die Wut, die sich gegenüber einigen Familien angestaut hat, ausreichend gerechtfertigt. Die Sozialwohnungen, die anfänglich Südtiroler Familien zugewiesen wurden, werden nun auch von Sinti und Roma bzw. Nicht-EU-Ausländern bewohnt. Diese haben andere Lebensgewohnheiten und ein anderes Verständnis eines zivilisierten Lebens, was dazu führt, dass unsere Mitbürger absolut unannehmbare Situationen hinnehmen müssen.

Diesbezüglich müssen wir die Gründe für dieses Unbehagen und die unkultivierten Verhaltensweisen nicht aufzählen, denen die Südtiroler Familien in den Sozialwohnungen ausgesetzt sind, um ihr Unbehagen und das Ausmaß der Unerträglichkeit, das in vielen vom Wohnbauinstitut verwalteten Wohnanlagen erreicht worden ist, richtig auszulegen. Im Übrigen betreffen diese Überlegungen nicht nur die gegenständliche Wohnungsanlage, sondern breiten sich wie ein Ölfleck im gesamten Landesgebiet aus und treffen auf fast alle Sozialwohnungen zu, in denen "schlecht erzogene" Sozialmieter wohnen, die nicht immer unbedingt nur in die Kategorie der Nicht-EU-Ausländer bzw. der Sinti und Roma fallen.

Jeder Mieter des Wohnbauinstitutes ist dazu angehalten, bei der Wohnungsübergabe einer Hausordnung zuzustimmen und diese zu unterzeichnen: die Nichtbeachtung der darin enthaltenen Vorschriften wird zumeist nie geahndet und diese unannehmbare Angewohnheit der Verantwortlichen des Wohnbauinstituts, Nachsicht walten zu lassen, verschärft das oben dargelegte Unbehagen. Wir sind dazu verpflichtet, unseren Familien in den Sozialwohnungen des Wohnbauinstituts eine Lebensqualität zu bieten, die unserem Zivilisierungsgrad, unserem Lebensstil und unserem kultivierten Umgang mit dem Nächsten und den anderen Mietern entspricht. Wer diese normalen Regeln des Zusammenlebens nicht beachtet, darf nicht länger geduldet werden.

Die Landesregierung wird daher ersucht,

gebührend zur Kenntnis zu nehmen, dass für Südtiroler Familien in den Wohnungen des Wohnbauinstituts im ganzen Land schwierige und teilweise untragbare Lebensumstände herrschen, und zwar dann, wenn sie dazu gezwungen sind, mit Familien unter einem Dach zu leben, die einen anderen Lebensstil haben und deren Sinn für Anstand und Zivilisiertheit absolut im Widerspruch zu unseren Gepflogenheiten steht;

die Voraussetzungen zu schaffen, damit das Wohnbauinstitut die geltenden Bestimmungen (es braucht keine neuen!), die das Zusammenleben in den Sozialwohnungsanlagen regeln, rigoros anwendet. Man muss damit aufhören, die Beachtung der Gesetze und Regeln "nicht zu verlangen". Eine Nichtbeachtung ist zu ahnden und all jenen, die sich nicht zivilisiert verhalten, ist umgehend die Kündigung auszusprechen.

La parola al consigliere Seppi per l'illustrazione.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Il riferimento al fatto che non solamente famiglie contraddistinte nella categoria dei nomadi e degli extracomunitari hanno un atteggiamento a volte negativo, a volte maleducato, rispetto a quelle che sono le nostre condizioni di vita e la nostra qualità della vita, dà ragione del fatto che io non voglio assolutamente prendermela con una categoria, ma faccio riferimento specifico soprattutto a queste due categorie, non perché abbia nulla contro di loro, ma perché riconosco che abbiano abitudini e stili di vita che mal si collocano con i nostri e che possono apparire a volte maleducazione, mentre magari sono abitudini diverse. Posso addirittura dirLe, assessore, che vi sono famiglie che hanno l'appartamento in affitto e la roulotte fuori dalla casa. In via Milano ci sono casi di questo tipo, perché ci sono bambini e anziani quella casa assegnata che non riescono a viverci dentro. Allora c'è mezza famiglia dentro la roulotte e l'altra mezza nell'appartamento. Chiaramente la roulotte è lì attaccata a quella che dovrebbe essere una casa di civile abitazione e diventa una casa di incivile abitudine. La stessa cosa dicasi per certi cittadini extracomunitari che sono stati scoperti addirittura a macellare capre e capretti sul balcone.

Ci sono situazioni che non possono essere tollerate, non tanto perché io dico ad un extracomunitario e ad uno zingaro la casa non va data. Oddio, non va data a chiunque non lavori, perché solo chi dimostra di avere buona volontà ha diritto di averla, poi, a qualsiasi categoria uno anche appartenga, se ha diritto e lavora ed è una persona che si comporta in certo modo non ho capito perché non gliela si debba dare, ma quando gliela si dà i comportamenti civili non sono assolutamente considerati un optional ma devono essere considerati un obbligo. Questa situazione si ripercuote più o meno su tutto il territorio provinciale.

L'Ipes ha delle regole precise. In ogni condominio esistono determinate regole che sono poi quelle del vivere civile e non sono solo quelle dello sbattere le tovaglie e materassi fuori dal balcone, perché la polvere casca sopra la testa dell'inquilino che abita al piano di sotto, anche perché ritengo che certe cose non serve nemmeno scriverle, perché solo un deficiente ha bisogno che gli vengano imposte, una persona intelligente invece le capisce da solo. Ma al di là del fatto che sono le stesse regole che vigono in un qualsiasi condominio privato oltre che pubblico, non accetto più che l'Ipes non sia in grado di fare in modo che tutti coloro che vi risiedono rispettino dei regolamenti che sono scritti. Per il non rispetto di determinati passaggi del regolamento sono previste delle sanzioni e queste sanzioni, quando proprio non si arrivasse all'exasperazione massima, non vengono mai applicate. C'è un'applicazione di sanzioni che arriva forse all'1% dei casi e sono proprio quei casi talmente disperati dove l'Ipes non può farne a meno. Ma se ci si fermasse un attimino prima, se ci fosse una maggiore severità da parte di coloro che sono competenti per le verifiche e i controlli, ritengo che a queste condizioni non ci arriveremmo. Il mio riferimento è sempre alle persone che hanno lavorato una vita o che stanno lavorando, che sono nate in provincia di Bolzano e che se è stata loro assegnata una casa hanno diritto di vivere in maniera sufficientemente qualitativa e non possono vedere inficiata la loro qualità della vita come vediamo in alcuni quartieri. Non passa giorno che sul giornale non c'è qualche articolo che riporta condizioni particolari ai quartieri Firmian e Casanova. Addirittura ci sono signore che non escono di casa dopo le 9 di sera, a ragione, per non essere aggredite o avvicinate da personaggi che abitano anche loro in quelle case e che sono normalmente catalogabili nella categoria degli zingari e degli extracomunitari. Senza avere nulla di particolare contro di loro, dico che a questo punto i cittadini sono tutti uguali. Vede, assessore, c'è un problema quando si affrontano certi argomenti. Se Pius Leitner - mi scusi il collega se ho fatto il suo nome - mi offendesse in un bar, non lo farà mai, e dovessimo arrivare ad avere un diverbio, non ci sarebbe nessun tipo di problema. Se invece al posto di Pius Leitner ci fosse una persona zingara o un nero, se ho un diverbio con lui, sono razzista. E io mi sono stufato di questo. E spesso le cose succedono nei condomini Ipes. Se uno telefona e dice che la signora di sopra è maleducata perché fa rumore alle tre di mattina, le chiedono di dove è la signora di sopra. È di Falzes. Allora intervengono. Se si risponde che la famiglia di sopra è marocchina, gli viene risposto che i marocchini sono abituati a fare così. Dopodiché gli dicono di smetterla di prendersela con i marocchini, altrimenti è un razzista. Usciamo da questa logica! Applichiamo delle regole che siano uguali per tutti e smettiamo di pensare che se le regole non vengono rispettate da persone extracomunitarie o da zingari non possiamo prendercela con loro, altrimenti siamo razzisti. Noi non siamo razzisti, siamo solo giustizialisti, cioè ci vuole giustizia all'interno delle case Ipes, e questa giustizia serve affinché le nostre persone che pagano l'affitto abbiano diritto ad una qualità della vita sufficiente.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Kollege Seppi, wo du Recht hast, da hast du Recht. Nicht weil du in dieser Forderung meinen Namen genannt hast, sondern wir unterstützen dich hundertprozentig, weil wir immer wieder Mitteilungen bekommen, dass es dort, wo vor allem Nicht-EU-Bürger in Sozialwohnungen mit Einheimischen zusammen leben müssen, aber auch unter Zuwanderern verschiedener Herkunft, immer wieder zu Schwierigkei-

ten kommt. Man muss einfach verlangen können, dass sie sich an die Hausordnung halten. Jedes Kondominium hat eine Hausordnung, an die sich die Bewohner zu halten haben. Es muss auch für jene gelten, die in unser Land kommen, auch wenn sie andere Gewohnheiten mit sich bringen. Es kann nicht sein, dass man in einem Stiegenhaus eine Matratze verbrennt, dass man Lagerfeuer veranstaltet und der gleichen Dinge mehr. Man kann dies fast nicht glauben, aber leider passieren diese Dinge. Nur weil ihnen die Wohnung nicht gehört, glauben sie, sie könnten tun und lassen was sie wollen. Ich weiß, wenn man solche Dinge anspricht, hört man lieber weg. Dann wundert man sich aber, dass beispielsweise in Deutschland eine Diskussion läuft, die Sarrazin mit seinem Buch ausgelöst hat. Er bringt vor allem Zahlenmaterial, aber auch die Hintergründe, warum solche Dinge passieren. Weil die Deutschen jahrzehntelang weggeschaut haben, wundern sie sich jetzt, dass es solche Dinge gibt, die es im Zuge der sogenannten Integration bereits immer gegeben hat. Das ist keine Integration, das muss man auch sagen! Hier geht es um ganz klare Spielregeln in einer zivilen Gesellschaft, hier geht es nicht um Religionsfreiheit oder Diskriminierung. Ist es vielleicht diskriminierend, wenn man verlangt, dass man sich anständig aufzuführen hat? Hier muss man endlich Klartext reden. Auch die Landesregierung hat hier viel zu lange weggeschaut. All jene, die Meldungen über solche Vorfälle gemacht haben, sind dann die Rassisten und die bösen Leute. Man muss endlich Nägel mit Köpfen machen und vor allem muss es Konsequenzen geben, ansonsten hat alles keinen Sinn. Wenn man gegen etwas verstößt, dann wird man bestraft und muss mit Konsequenzen rechnen, und wenn diese bis zur Ausweisung aus der Wohnung geht. Das muss möglich sein! Erst dann werden diese Leute lernen, dass es Spielregeln gibt, die wir ihnen natürlich vorleben müssen, aber die sie dann auch zu respektieren haben. Dieser Antrag ist deshalb aus unserer Sicht mehr als berechtigt.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landesrat, hier ist im Punkt 2 des beschließenden Teils zu Recht davon die Rede, dass es keine neuen Bestimmungen braucht, sondern dass es darum geht, die geltenden Bestimmungen anzuwenden. Wir alle haben von solchen Fällen gehört. Es sind nicht immer nur die Ausländer, es sind häufig auch andere Familien, die sich nicht an die Hausordnung halten, also langeingesessene Familien, Südtiroler oder Italiener, die auch ab und zu randalieren. Die Klagen gehen aber schon sehr häufig in die Richtung, dass möglicherweise auf dem Balkon frischgeschlachtete Tiere aufgehängt werden, sodass alles Mögliche auf den nächsten Balkon tropft. Das ist kein Märchen! Dass unter solchen Umständen die angrenzenden Wohnungen mehr als belästigt sind, ist zu verstehen. Daher möchte ich die Frage an Sie, Herr Landesrat, richten, woran es liegt, dass die Leute nicht kommen. Sie werden angerufen von Familien oder Menschen, die sich belästigt fühlen, die nicht zur Ruhe kommen, die nachts nicht schlafen können, weil die Wohnungen überfüllt sind und entsprechend Lärm gemacht wird, usw. Es gibt auch immer wieder offizielle Mitteilungen darüber, dass in vielen Fällen Untermieter in Sozialwohnungen leben. Woran scheitert die Kontrolle? Wir wissen, dass beispielsweise aus verschiedenen Vierteln in Bozen, Europaviertel und dergleichen, Hinweise kommen, dass die Polizei sich nicht mehr getraute auszurücken, wenn sie angerufen wird, weil einzelne Polizisten Angst hätten, in der Nacht dort Kontrollen zu machen, weil ihnen ganz konkret gedroht werde. Es sind Trupps unterwegs mit Messern, die das gesamte Viertel terrorisieren. Es gibt wirklich solche Hinweise und ich glaube nicht, dass Sie noch nie davon gehört haben. Woran liegt es also, dass die Kontrollen nicht funktionieren? Haben Sie nicht entsprechendes Personal? Haben Sie zu wenig Personal oder wird das nicht ernst genommen. Ist es wirklich so, wie Donato Seppi und Pius Leitner sagen, dass diese Menschen eine andere Kultur haben und es zu dieser Kultur gehört, dass sie Ziegen halten. Also, es geht um die Kontrollen.

ARTIOLI (Lega Nord): Voteremo a favore di questa mozione, anche perché continuiamo a segnalare anche noi che ci sono problemi. Vorrei permettermi di rispondere che i problemi dei controlli esistono, perché abbiamo personale part time che ha addirittura paura di andare a fare controlli, e quindi non ci vanno. La settimana scorsa sono stati chiamati dal 118, perché una signora di origine marocchina si sentiva male, il marito ha fatto una scenata, perché è arrivato un uomo e lui voleva una donna che aiutasse la moglie. L'operatore gli ha chiesto allora di firmargli il modulo che lui poteva andare via, perché non gli faceva visitare la moglie, anche se moribonda. Ha urlato talmente tanto svegliando tutto il condominio, che alla fine sono dovuti intervenire i carabinieri che l'hanno arrestato. Siamo a questo punto. Il problema è proprio questo. Dobbiamo assolutamente votare tutti a favore, dobbiamo spiegare loro che non è vero che con le nostre leggi ci possono conquistare e con le loro ci domineranno. Dobbiamo spiegare loro che da noi esistono delle leggi e che bisogna assolutamente che si attengano alle regole civili. Siamo al razzismo al contrario. Noi ci vergogniamo a dire che le cose non funzionano, abbiamo paura a dire cosa fa il vicino di casa. Che l'assessore Tommasini si informi su quanti inquilini chiedono di essere trasferiti dagli appartamenti Ipes, perché sono esasperati, perché non ne possono più. La loro cultura è completamente

diversa, come dicevamo prima, loro appendono la biancheria impregnata di acqua sul balcone e non c'è nessun problema. Chi di noi va a dire loro qualcosa? Noi non interveniamo. Ci è voluto un anno per mandare via quella famiglia di zingari da un appartamento Ipes, un anno di esasperazione per tutti i vicini, oltre tutto dopo averlo completamente sfasciato quell'appartamento. Naturalmente paghiamo poi tutti noi per rifarli. La prego veramente di pensare a quanto importanti sono questi controlli, di farli fare e di potenziare il personale, perché non possono essere delle donne assunte part time a fare i controlli, che hanno paura di entrare e che si rifiutano di andare. Le posso garantire che l'operatore del 118 di cui parlavo prima è un uomo bello grosso e ha dovuto chiamare i carabinieri, perché sono anche arroganti, dato che sanno bene che non facciamo a loro nulla, che li teniamo qui e ci scusiamo addirittura di avere delle regole.

Vorsitz des Präsidenten – presidenza del Presidente: Dr. Dieter Steger

PRÄSIDENT: Das Wort hat Landesrat Tommasini, bitte.

TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura e formazione professionale italiana e all'edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei): Non credo che serva una mozione per dire che bisogna rispettare i regolamenti, perché questo non solo è ovvio e palese, deve essere fatto e viene fatto. Ho chiesto una relazione al presidente dell'Ipes che mi conferma che il regolamento che prevede che tutti rispettino le regole viene applicato. L'Ipes ha oltre 12 mila appartamenti in tutta la provincia, una cifra considerevole. È evidente che in questi ultimi anni, ma da sempre per chi abita in condomini, il vivere insieme comporta delle problematiche. Negli ultimi anni sono aumentate, anche per l'aumento della diversità degli stili di vita, e non solo fra cittadini autoctoni e cittadini extracomunitari come si vorrebbe far credere. Certo, il tema dell'integrazione è un grande tema che va affrontato e stiamo affrontando, ma che coinvolge le situazioni di disagio e difficoltà che coinvolgono anche altre fette della popolazione. Su questo non solo si sta lavorando, ma è un problema di tutta la società. Non credo che si possa dire sinceramente, e a me non risulta, che ci siano dei quartieri di Bolzano in cui i poliziotti non entrano perché hanno paura, perché li aspetta della gente con i coltelli come è stato detto. Se fosse così, bisognerebbe innanzitutto chiedere al Questore, e mi sembrerebbe francamente molto strano, visto che abbiamo un Ministro degli Interni che ha sempre fatto della sicurezza il tema centrale. Troverei bizzarro e una contraddizione che dei poliziotti si rifiutassero di entrare in alcuni quartieri. E non mi risulta nemmeno che ci siano a Bolzano quartieri così problematici come si vuole far credere. Ci sono sicuramente dei problemi, ma di arrivare a fare affermazioni così gravi, credo che ognuno se ne prende la responsabilità.

Tornando alla questione più attinente alla vita negli alloggi Ipes, vorrei dire che l'Istituto impone delle regole dirette al fine di garantire la civile e pacifica convivenza all'interno degli edifici. Al momento dell'entrata c'è un regolamento che viene sottoscritto e che tutti sono tenuti a rispettare. In questi mesi l'Ipes va avanti anche ad effettuare non solo dei controlli ma a comminare delle sanzioni, a comminare, in alcuni casi, anche gli sfratti. Sono state attuate in varie circostanze e portate anche a buon fine delle procedure di sfratto, quando la cosa è stata segnalata. Ci sono anche alcuni casi che si leggono sui giornali, poi però risulta all'Istituto che non ci siano in realtà delle vere e proprie segnalazioni, quindi c'è anche il fatto che l'Istituto ovviamente interviene dove c'è una denuncia accertata. Però al di là di questo possiamo certamente dire che l'Istituto svolge, ha svolto e svolgerà anche in futuro questo processo di controllo e di attuazione delle regole, e non può che essere così, perché io sono d'accordo su un punto, cioè che le regole vadano rispettate indipendentemente dalla provenienza, dalla cultura e dall'età anagrafica. Ci sono delle regole e noi chiediamo che vadano rispettate anche perché sono regole minime di buon senso che non impediscono il pluralismo di tipo culturale e religioso ma che devono essere rispettate da cittadini di tutti i gruppi linguistici, di tutte le etnie, di tutte le provenienze. Questo attualmente viene fatto. Certo che la società si sta trasformando, diventa più complessa. Ci sono degli edifici con minore omogeneità sociale rispetto al passato. Su questo sono stati presi dei provvedimenti come quella che si chiama "mixité sociale", cioè cercare di distribuire i cittadini di diversa provenienza con un background migratorio nei vari edifici per non averli tutti concentrati in alcuni. C'è anche un processo di ripensamento rispetto quello che riguarda l'integrazione dei cittadini rom e sinti che hanno effettivamente, in alcuni casi, e di questo ne do atto, culturalmente rispetto all'abitare una modalità e una concezione culturale per cui ci si deve porre il problema se sia opportuno o meno un'integrazione all'interno degli edifici Ipes. Non si può mettere in edifici Ipes chi non ci vuole stare. Mi pare un tema anche culturalmente da affrontare, anche perché spesso si fa una forzatura rispetto a quegli stessi cittadini, però vorrei che su un punto fossimo, se non tutti, d'accordo, che prendessimo atto che i regolamenti ci sono, che

le regole ci sono e che queste vengono fatte rispettare. Non c'è bisogno quindi di una mozione per dire che bisogna rispettare delle regole che devono essere rispettate.

Per quanto riguarda le altre affermazioni, penso che ci siano effettivamente dei problemi di convivenza e anche di ordine pubblico, però, come ha detto recentemente anche il Questore, non sono problemi così drammatici, per cui ognuno se ne assume le responsabilità e mi sembrerebbe grave che ci fosse un'affermazione di questo tipo che andrebbe contro le politiche della sicurezza che questo stesso governo ha intrapreso.

SEMPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Se le regole fossero state rispettate, assessore, non mi sarei mai permesso di presentare una mozione, perché così imbecille non sono. E non mi sono mai fatto dare dell'imbecille da nessuno in quest'aula, quindi non lo accetto nemmeno da Lei. Il problema è che le regole non vengono rispettate, che le denunce fanno fatica ad arrivare, perché posso capire che una donna di 70 anni, magari vedova, abbia paura a dire che la famiglia di zingari che le vive sopra disturba, perché magari si prende una coltellata in ascensore. Non arrivate nemmeno a capire questo, assessore, non arrivate a capire che a volte le denunce non possono arrivare perché l'omertà è obbligata dalla paura. Esistono dei crimini all'interno di determinate situazioni delle case popolari, che sono tipiche di altri stati, non posso nemmeno dire del sud più nero, perché non è vero. Sono tipiche di altri stati. Ma andate a vedere! Volete le fotografie, tanto per fare un esempio di cose molto più ilari di queste, dove famiglie extracomunitarie hanno piantato i cavolfiori e l'insalata nelle vasche da bagno? Questo non fa male a nessuno certamente, vorrei però sapere dove si lavano, perché se poi i nostri figli a scuola prendono le pulci o le zecche, vorrei però sapere da chi le hanno prese.

Ma al di là di questo c'è un altro ragionamento. Lei dice che si sono inasprite le regole, si sono inasprite le sanzioni. Benissimo. Presenteremo immediatamente un'interrogazione per sapere di quanto si sono inasprite. Non è vero! Quando avete sfrattato qualcuno, l'avete fatto solo perché non pagava l'affitto! Ma fate fatica in questo caso a mandare via chi paga affitto zero perché ha 27 figli e il capofamiglia è iscritto alla disoccupazione. E poi magari hanno 4 garages in affitto a 50 € mensili l'uno, perché giustamente hanno la macchina. Assessore, se fossi stato al posto Suo, preso atto che Lei per l'Ipes si sta impegnando davvero per risolvere altre problematiche, avrei detto, dopo una segnalazione di questo tipo tramite una mozione. Prendo atto e verificherò di persona se questi problemi sono gravi e quanto gravi sono e verificherò di persona se le sanzioni scritte sui regolamenti sono applicate o meno, e se lo sono in maniera molto blanda rispetto a quello che la situazione imporrebbe. Non prenderei una posizione così decisa, perché la Sua posizione è sbagliata! Nelle case popolari non accade nulla se non il fatto che la nostra gente non è in grado di avere una qualità della vita sufficiente. Questo è il mio problema. Mi creda, c'è anche un diverso grado di tollerabilità di quella che per noi è educazione riferita alla ragione della mancanza di civiltà. Quando io ero bambino e non abitavo in una casa popolare che mio papà non ha mai chiesto a nessuno benché fosse un operaio, sopra di me abitava un signore di madrelingua tedesca che alle 2-3 di notte usava uscire sul balcone e cantava "Die Fanne hoch" in tedesco. Era un aviatore della Luftwaffe. Svegliava regolarmente tutto il condominio e io un giorno, avevo 8 anni, mi lamentai con mio padre che non si poteva dormire. Mi disse: "Abbi rispetto, ha fatto la guerra e se è in questa situazione, ricordati che ha visto tante di quelle storie che vanno comprese e capite. Tu hai il dovere di comprendere, quindi dormi se sei capace di dormire, altrimenti pazienza". Ma io questo non lo posso capire nei confronti di un marocchino che viene qui a minacciare la possibilità di una vita civile pensando di instaurare il suo modo di vita all'interno di una condizione sociale che è la nostra, in cui noi adoperiamo il gabinetto perché dobbiamo fare i nostri bisogni, adoperiamo le vasche da bagno per lavarci, adoperiamo il balcone per stendere la biancheria e non capretti o altri animali aperti per il macello e il consumo. Non è così, assessore. Ci sono zingari che abitano al piano terra di case Ipes con la roulotte attaccata, perché il nonno non dorme in casa. Sono fatti suoi se non dorme in casa! Dov'è il problema? Non date le case a queste persone. Lei ha detto, e l'ho segnato: "Non so se questi zingari hanno un'abitudine diversa dalla nostra e quindi hanno dei comportamenti che noi non possiamo intendere come civili secondo il nostro punto di vista di civiltà". A queste persone fate a meno di dare la casa. Se vuole vivere in una roulotte, lo faccia. Perché dobbiamo dare la casa ad una persona che all'interno di una casa non sta bene? Solo perché la chiede? Ma se è un nomade, perché ha bisogno di una casa fissa? Voi stessi ammettete che ci sono delle persone, non necessariamente sono zingari - io conosco anche dei barboni che vengono fuori dalla nostra società, con un cognome tedesco o italiano - che non stanno bene in un appartamento. Ho degli amici che magari hanno 70 anni, e li aiuto pure, che in un appartamento non ci vogliono stare. Non è mica una prerogativa degli zingari! È una prerogativa umana che pervade la mente di qualcuno. Ma allora se questo qualcuno la casa non la vuole, perché gliela date? Perché deve integrarsi? Se lui sta bene in una roulotte, perché deve integrarsi con noi?

Assessore, non chiedo nuove regole, né la pena di morte. Chiedo solo che le regole che ci sono vengano fatte rispettare, ma in maniera inequivocabile, assoluta e certa, perché la nostra gente, i nostri anziani, hanno diritto ad una vita civile.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten. Zunächst möchte ich eine Frage stellen, weil wir unser Abstimmungsverhalten von diesem Aspekt abhängig machen. Im zweiten Absatz des beschließenden Teiles heißt es: „eine Nichtbeachtung ist zu ahnden und all jenen, die sich nicht zivilisiert verhalten, ist umgehend die Kündigung auszusprechen.“ Wir wissen nicht, ob das rechtlich überhaupt möglich ist. Wenn das rechtlich möglich ist, sind wir dafür, dass es als Ganzes abgestimmt wird, wenn es rechtlich nicht möglich ist, dann ersuchen wir um eine getrennte Abstimmung ohne diesen Halbsatz.

SEPPI (UNITALIA - Movimento Iniziativa Sociale): Sull'ordine dei lavori. La collega Klotz dice che dopo il punto e virgola, dove si dice *"che si sanzionino gli inadempienti"* va bene, *"che si provveda all'espulsione e quindi allo sfratto"*, se questo è legittimo lo lasciamo, altrimenti lo togliamo. Siccome si chiede già prima che vengano applicate le regole perché di nuove non ne servono, e siccome già le regole attuali prevedono che per certe forme di inciviltà molto accentuata è previsto lo sfratto, è forse un passaggio che non serve neanche dire, perché quando chiediamo l'adempimento delle attuali norme in vigore, questo è già previsto. Di conseguenza non disturbiamo i nostri giuristi per sapere se giuridicamente è valido o meno. Io sono d'accordo di togliere, dopo il punto e virgola, quella parte che la collega Klotz ha posto in evidenza, perché già scritto prima.

PRÄSIDENT: Consigliere Seppi, Lei è d'accordo di votare solo fino alla parola "inadempienti"?

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Sì.

PRÄSIDENT: Das heißt im deutschen Text wird der letzte Halbsatz gestrichen.

URZÌ (Il Popolo della Libertà): Chiedo la votazione separata delle premesse e della parte impegnativa anche perché la parte impegnativa presuppone un comportamento, la parte delle premesse attribuisce delle responsabilità ben precise a circoli di persone, quasi a nuclei familiari, quasi ci fosse l'indicazione. Invece credo che vada indicato solamente il principio. Per questo chiedo la votazione separata, per permettere di votare il principio.

PRÄSIDENT: Gut, dann stimmen wir über den Beschlussantrag Nr. 149/09 ab. Die Prämissen werden vom beschließenden Teil getrennt abgestimmt, der wiederum abgestimmt wird bis zum Wort "ahnden". Damit erübrigt sich auch die Frage von Frau Dr. Klotz.

Somit kommen wir zur Abstimmung: Prämissen: abgelehnt mit 8 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Beschließender Teil bis zum Wort "ahnden": abgelehnt mit 11 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen.

PICHLER ROLLE (SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Herr Präsident, ich beantrage eine Unterbrechung der Sitzung für eine Beratung der SVP-Fraktion bis 12.00 Uhr.

URZÌ (Il Popolo della Libertà): Sull'ordine dei lavori. Se tutti i colleghi fossero d'accordo, non vedo il collega Dello Sbarba, perché con gli altri ho avuto velocemente occasione di confrontarmi, esclusi i colleghi del Partito Democratico, coglieremmo l'occasione per riunire i consiglieri del gruppo linguistico italiano in previsione della discussione sul punto che riguarda la misura 137, prevedendo successivamente comunque, verificiamo se nell'ambito di questo tempo o successivamente, un incontro del gruppo linguistico italiano di minoranza.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich nutze die Gelegenheit, um auch für die Vertretung der deutschen Minderheit eine kurze Sitzung zu beantragen, damit auch wir uns auch über die Zusammensetzung der 137er-Kommission beraten können.

PRÄSIDENT: Wir unterbrechen also die Sitzung für zwanzig Minuten um die Abhaltung einer Sitzung der SVP-Fraktion einerseits, der deutsche Minderheit andererseits und, zum Dritten, der italienischen Kollegen des Landtages zu ermöglichen.

ORE 11.43 UHR

ORE 12.17 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Wir kommen jetzt zum institutionellen Teil und fahren mit Punkt 2 der Tagesordnung fort.

Punkt 2 der Tagesordnung: **"Wahl eines neuen Mitgliedes der dritten Gesetzgebungscommission anstelle des ehemaligen Landtgsabgeordneten Christian Egartner"** (die Behandlung dieses Punktes wurde in der außerordentlichen Landtagssitzung vom 21. Juli 2010 auf die Sitzungsfolge des Monats September vertagt).

Punto 2 dell'ordine del giorno: **"Elezione di un nuovo/una nuova componente della terza commissione legislativa in sostituzione dell'ex consigliere provinciale Christian Egartner"** (la trattazione di questo punto è stata rinviata nella seduta straordinaria del Consiglio provinciale del 21 luglio alla tornata di sedute del mese di settembre).

Herr Abgeordneter Pichler Rolle, Sie haben um das Wort gebeten.

PICHLER ROLLE (SVP): Herr Präsident, wir schlagen für diese Gesetzgebungscommission Frau Dr. Julia Unterberger vor.

PRÄSIDENT: Danke Herr Abgeordneter. Gibt es weitere Vorschläge oder Stellungnahmen? Wenn nicht, dann schreiten wir zur Wahl. Es ist eine geheime Wahl. Vorgeschlagen wurde Frau Dr. Unterberger. Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

(geheime Abstimmung – votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: abgegebene Stimmen 34, Stimmen für die Abg. Unterberger 23, weiße Stimmzettel 10, Ungültige Stimmzettel 1. Damit ist Frau Dr. Julia Unterberger zum neuen Mitglied der dritten Gesetzgebungscommission gewählt worden.

Punkt 3 der Tagesordnung: **"Wahl eines neuen Mitgliedes der vierten Gesetzgebungscommission anstelle des ehemaligen Landtgsabgeordneten Christian Egartner"** (die Behandlung dieses Punktes wurde in der außerordentlichen Landtagssitzung vom 21. Juli 2010 auf die Sitzungsfolge des Monats September vertagt).

Punto 3 dell'ordine del giorno: **"Elezione di un nuovo/una nuova componente della quarta commissione legislativa in sostituzione dell'ex consigliere provinciale Christian Egartner"** (la trattazione di questo punto è stata rinviata nella seduta straordinaria del Consiglio provinciale del 21 luglio alla tornata di sedute del mese di settembre).

Ich eröffne die Diskussion und bitte um Wortmeldungen, Herr Abgeordneter Pichler Rolle, Sie haben das Wort.

PICHLER ROLLE (SVP): Herr Präsident, wehrte Kolleginnen und Kollegen, wir schlagen auch in diesem Falle die Abgeordnete Frau Dr. Julia Unterberger vor.

PRÄSIDENT: Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Vorgeschlagen wurde Frau Dr. Unterberger, ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

(geheime Abstimmung – votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: abgegebene Stimmen 34, Stimmen für die Abg. Unterberger 22, weiße Stimmzettel 10, Ungültige Stimmzettel 2. Damit ist Frau Dr. Julia Unterberger zum neuen Mitglied der vierten Gesetzgebungscommission gewählt worden.

Punkt 4 der Tagesordnung: **"Namhaftmachung der Mitglieder (7) der beim Präsidium des Ministerrates eingerichteten ständigen Kommission für die Probleme Südtirols (Paketmaßnahme 137)."**

Punto 4 dell'ordine del giorno: **"Designazione dei membri (7) della commissione permanente per i problemi della provincia di Bolzano, istituita presso la Presidenza del Consiglio dei Ministri (misura 137 del "Pacchetto")."**

Zur Erläuterung dieses Punktes möchte ich sagen, dass drei getrennte Wahlgänge durchgeführt werden. Die 137er-Kommission besteht aus 7 Mitgliedern, die der Landtag wählt, plus dem Mitglied der römischen Regierung. Die 7 Mitglieder, die der Landtag wählt, teilen sich so auf: 4 Mitglieder gehören der deutschen Sprachgruppe an, 2 Mitglieder der italienischen und 1 Mitglied der ladinischen. Wir haben also drei Wahlgänge. Die Vorschläge können jeweils von Angehörigen der Sprachgruppe, die zur Wahl ansteht, gemacht werden. Wir beginnen mit der deutschen Sprachgruppe, da sind 4 Personen zu wählen. Jede bzw. jeder von Ihnen hat die Möglichkeit, bis zu 4 Vorzugsstimmen zu geben, d.h. so viele Vorzugsstimmen wie Kandidaten gewählt werden dürfen. Bei vier Mitgliedern sind es 4, bei den italienischen Kollegen sind es dann 2 und beim Ladiner darf man eine Person wählen, weil nur ein Mitglied gewählt wird.

Wir beginnen also bei der deutschen Sprachgruppe. Ich bitte um namentliche Vorschläge. Bitte, Herr Abgeordneter Pichler Rolle, Sie haben das Wort.

PICHLER ROLLE (SVP): Herr Präsident, ich schlage für die SVP bzw. für die Mehrheit Landeshauptmann Dr. Luis Durnwalder, die Kollegin Rosa Thaler Zelger und Elmar Pichler Rolle vor.

MAIR (Die Freiheitlichen): Ich schlage für die deutsche politische Minderheit den Kollegen Pius Leitner vor.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir können somit zur Wahl schreiten. Vorgeschlagen wurden also: Landeshauptmann Dr. Luis Durnwalder, Abgeordnete Rosa Thaler Zelger, Abgeordneter Elmar Pichler Rolle und Abgeordneter Pius Leitner.

Vielleicht noch einen Hinweis technischer Natur, sollten andere Namen als die vorgeschlagenen auf dem Stimmzettel stehen, dann sind diese ungültig. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: abgegebene Stimmen 33, Stimmen für den Landeshauptmann Durnwalder 23, Stimmen für die Abgeordnete Thaler Zelger 23, Stimmen für den Abgeordneten Pichler Rolle 24, Stimmen für den Abgeordneten Leitner 19, weiße Stimmzettel 4.

Damit sind Landeshauptmann Durnwalder, Abgeordnete Thaler Zelger, Abgeordneter Pichler Rolle und Abgeordneter Leitner zu Mitgliedern der 137er Kommission gewählt worden.

Wir schließen jetzt die Sitzung und fahren um 15.00 Uhr mit der Wahl der italienischen und ladinischen Sprachgruppe angehörenden Mitglieder fort.

ORE 13.13 UHR

ORE 15.05 UHR

(Namensaufruf – appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren nun mit dem Tagesordnungspunkt 4 fort. Die Wahl der deutschen Mitglieder der 137er-Kommission ist inzwischen erfolgt. Wir kommen jetzt zur Wahl der italienischen Mitglieder dieser Kommission. Ich bitte um namentliche Vorschläge.

Frau Abgeordnete Artioli, Sie haben das Wort.

ARTIOLI (Lega Nord): Proponiamo il dott. Vezzali.

BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei): A nome del Partito Democratico propongo il consigliere Tommasini.

PRÄSIDENT: Vorgeschlagen wurde also: Abgeordneter Dr. Maurizio Vezzali Landesrat Dr. Christian Tommasini. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, ersuche ich um die Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: abgegebene Stimmen 34, Stimmen für den Abgeordneten Vezzali 21, Stimmen für den Abgeordneten Tommasini 23, weiße Stimmzettel 6. Damit sind der Abgeordnete Vezzali und der Landesrat Tommasini zu Mitgliedern der 137er-Kommission gewählt worden.

Wir fahren nun mit der Namhaftmachung des ladinischen Mitgliedes der 137er-Kommission fort, welches aus einem Dreivorschlag, der von den Bürgermeistern der ladinischen Gemeinden unterbreitet werden muss, ernannt werden. Die Bürgermeister der ladinischen Gemeinden St. Martin in Thurn, Enneberg, Wengen, Abtei, Wolkenstein, St. Christina und St. Ulrich haben einen Vorschlag unterbreitet. Der Vorschlag sieht Dr. Hugo Valentin als ersten, Herrn Dr. Florian Mussner als zweiten und als dritten Kandidaten Dr. Franz Complojer vor.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Herr Landesrat Mussner, Sie haben das Wort.

MUSSNER (Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur und Vermögensverwaltung – SVP): Danke, Herr Präsident. Ich möchte den Herrn Dr. Hugo Valentin vorschlagen.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Es wurde also Dr. Hugo Valentin vorgeschlagen. Im Gegensatz zum Vorgang bei den deutschen und italienischen Mitgliedern der 137er-Kommission ist ein anderer Name als der von Landesrat Mussner genannte auf dem Stimmzettel, sofern er einen Kandidaten aus dem Vorschlag der Bürgermeister der ladinischen Gemeinden betrifft, nicht ungültig. Sollte es aber ein anderer Name sein, dann ist es eine ungültige Stimme. Wir kommen somit zur Wahl. Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmen 31, weiße Stimmzettel 10, Stimmen für Herrn Dr. Hugo Valentin 20, Stimmen für Abgeordneten Florian Mussner 1.

Somit ist Dr. Hugo Valentin Mitglied der 137er-Kommission. Wir haben die 137er-Kommission nun ordnungsgemäß ernannt.

Wir gehen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Es meldet sich Herr Abgeordneter Pichler Rolle, bitte, Sie haben das Wort.

PICHLER ROLLE (SVP): Herr Präsident, ich ersuche Sie in diesem Zusammenhang um eine kurze Unterbrechung, damit sich die Fraktionsvorsitzenden treffen können.

PRÄSIDENT: Ich gebe dem Antrag statt und unterbreche somit die Sitzung.

ORE 15.40 UHR

ORE 16.37 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Ich bitte um Wortmeldungen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich ersuche um eine neuerliche Unterbrechung der Sitzung für die Abhaltung einer weiteren Fraktionssprechersitzung.

PRÄSIDENT: Ich gebe dem Antrag statt. Die Sitzung ist unterbrochen

ORE 16.38 UHR

ORE 16.50 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Abgeordneter Pichler Rolle, Sie ersuchen um eine Wortmeldung. Bitte, Sie haben das Wort.

PICHLER ROLLE (SVP): Ich ersuche Sie, diesen Tagesordnungspunkt, der jetzt anstehen würde, nämlich die Wahl des Volksanwaltes/der Volksanwältin, auf die nächste Sitzungssession zu vertagen.

PRÄSIDENT: Wenn kein gegenteilige Meinungen im Raum stehen, dann wird diesem Antrag stattgegeben. Danke.

Wir fahren somit mit den nächsten Tagesordnungspunkt fort.

Punkt 6 der Tagesordnung: "**Namhaftmachung eines neuen Ersatzmitgliedes der Bezirkswahlkommission Bozen Unterkommission Bozen – anstelle es vom entsprechenden Amt zurückgetretenen Mitgliedes Neri Defant.**"

Punto 6 all'ordine del giorno: "**Designazione di un nuovo/una nuova componente supplente della commissione elettorale circondariale di Bolzano – sottocommissione di Bolzano – in sostituzione di Neri Defant, dimissionario della relativa carica.**"

Das Vorschlagsrecht gebührt in diesem Fall der Vertretung der Fraktion „Lega Nord“. Deshalb ersuche ich die Frau Abgeordnete Artioli um einen namentlichen Vorschlag.

ARTIOLI (Lega Nord): Propongo, come nuovo componente supplente di suddetta commissione, il sig. Marco Comarella.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine Wortmeldungen, somit schreiten wir zur Wahl. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmen 31, Stimmen für Herrn Marco Comarella 23, weiße Stimmzettel 8. Somit ist Herr Marco Comarella zum Mitglied der Bezirkswahlkommission Bozen Unterkommission Bozen gewählt.

Punkt 7 der Tagesordnung: "**Beschlussvorschlag: Überprüfung des Berichtes der Wahlbestätigungskommission und Kenntnisnahme des Ergebnisses der von der Kommission vorgenommenen Untersuchungen hinsichtlich der Stellung der zu Gemeinderatsmitgliedern gewählten Landtagsabgeordneten.**"

Punto 7 dell'ordine del giorno: "**Proposta di deliberazione: Proposta di deliberazione: esame della relazione della commissione di convalida e presa d'atto del risultato degli accertamenti della commissione in ordine alla posizione di consiglieri/consigliere provinciali eletti/elette consiglieri/consigliere comunali.**"

Ich bitte den Präsidenten der Kommission um seinen Bericht.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Die mit Dekret des Landtagspräsidenten vom 2. Dezember 2008, Nr. 256, eingesetzte Wahlbestätigungskommission ist am 7. Juli 2010 zusammengetreten, um in 6 Fällen das Vorliegen einer nachträglich eingetretenen Unvereinbarkeit zu prüfen.

Gemäß den Artikeln 23-bis Absatz 3 und 30-decies der Geschäftsordnung des Landtages hat die Kommission die Aufgabe, Unvereinbarkeitsgründe zu prüfen, die sich im Laufe der

Gesetzgebungsperiode ergeben. Gemäß Artikel 30-quinquies Absatz 4 hat sie dem Landtag innerhalb von 2 Monaten, nachdem sie davon Kenntnis erlangt hat, darüber Bericht zu erstatten. Anlässlich der Gemeinderatswahlen und der Bürgermeisterdirektwahl vom 16. Mai 2010 (mit Stichwahl am 30. Mai 2010 in den Gemeinden Meran und Brixen) wurden die Landtagsabgeordneten Elena Artioli, Donato Seppi und Alessandro Urzi in den Bozner Gemeinderat gewählt. Der Landtagsabgeordnete Christian Egartner wurde in den Sterzinger Gemeinderat, der Landtagsabgeordnete Andreas Pöder in den Gemeinderat von Lana und der Landtagsabgeordnete Maurizio Vezzali in den Brixner Gemeinderat gewählt. Das Mandat im Gemeinderat einer Gemeinde der Region ist gemäß Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe d) des Regionalgesetzes vom 8. August 1983, Nr. 7, mit dem Mandat als Landtagsabgeordnete/r unvereinbar. Dieses Regionalgesetz, auf das die Landesgesetze vom 14. März 2003, Nr. 4, und vom 9. Juni 2008, Nr. 3, verweisen, ist im Einheitstext enthalten, der mit Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 29. Jänner 1987, Nr. 2, erlassen wurde.

Der Landtagsabgeordnete Pöder hat am 20. Mai 2010 auf das Mandat im Gemeinderat verzichtet, während die übrigen, oben genannten Landtagsabgeordneten dem Landtagspräsidenten zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihren Rücktritt aus den Gemeinderäten, in die sie gewählt wurden, mitgeteilt haben. Die Kommission hat die Mitteilung über den Amtsverzicht bzw. die Rücktritte sowie die Unterlagen, die von den Generalsekretären der Gemeinden Bozen, Brixen und Sterzing übermittelt wurden, zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass der im Laufe des Mandats eingetretene Unvereinbarkeitsgrund gemäß Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe d) des Dekrets des Präsidenten des Regionalausschusses vom 29. Jänner 1987, Nr. 2, im Zusammenhang mit der Position der Landtagsabgeordneten Elena Artioli, Christian Egartner, Andreas Pöder, Donato Seppi, Alessandro Urzi und Maurizio Vezzali beseitigt wurde.

Gemäß Artikel 30-quinquies Absatz 4 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages berichtet die Wahlbestätigungskommission dem Landtag, dass die Landtagsabgeordneten Elena Artioli, Christian Egartner, Andreas Pöder, Donato Seppi, Alessandro Urzi und Maurizio Vezzali den nachträglich eingetretenen Unvereinbarkeitsgrund durch die Entscheidung für das Mandat als Landtagsabgeordnete/r beseitigt haben.

Egregio presidente,
gentili consiglieri,
egregi consiglieri,

la commissione di convalida, istituita con il decreto del presidente del Consiglio provinciale del 2 dicembre 2008, n. 256, si è riunita il 7 luglio 2010 per esaminare 6 casi di incompatibilità sopravvenuta.

Ai sensi degli articoli 23-bis, comma 3, e 30-decies del regolamento interno del Consiglio provinciale, la commissione deve effettuare verifiche in ordine a cause di incompatibilità sopravvenute e ai sensi dell'art. 30-quinquies, comma 4, deve riferirne al Consiglio provinciale entro due mesi dal giorno in cui ne sia venuta a conoscenza. In particolare, nelle consultazioni elettorali per l'elezione diretta dei sindaci e il rinnovo dei consigli comunali, tenutesi il 16 maggio 2010 (con ballottaggio il giorno 30 maggio 2010 nei Comuni di Merano e Bressanone) la consigliera provinciale Elena Artioli e i consiglieri provinciali Donato Seppi e Alessandro Urzi sono stati eletti componenti del consiglio comunale di Bolzano; il consigliere provinciale Christian Egartner è stato eletto componente del consiglio comunale di Vipiteno, il consigliere provinciale Andreas Pöder è stato eletto componente del consiglio comunale di Lana ed infine il consigliere provinciale Maurizio Vezzali è stato eletto componente del consiglio comunale di Bressanone. La carica di consigliere di un comune della regione è incompatibile con la carica di consigliere provinciale in base all'articolo 12, comma 1, lettera d), della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, contenuta nel testo unico emanato con D.P.G.R. 29 gennaio 1987, n. 2, e alla quale rinviano le leggi provinciali 14 marzo 2003, n. 4, e 9 giugno 2008, n. 3.

Il consigliere provinciale Pöder in data 20 maggio 2010 ha rinunciato alla carica di consigliere comunale, mentre gli altri succitati consiglieri hanno, in date diverse, comunicato al presidente del Consiglio provinciale le loro dimissioni dai consigli comunali in cui sono stati rispettivamente eletti. Preso atto della comunicazione della rinuncia alla carica ovvero delle dimissioni nonché della

regionale 8 agosto 1983, n. 7, e assegna alla commissione di convalida del Consiglio provinciale gli accertamenti e l'istruttoria del procedimento di convalida delle elezioni;
 visto l'articolo 12, comma 1, lettera d), della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, contenuta nel D.P.G.R. 29 gennaio 1987, n. 2, che tra le cause di incompatibilità con la carica di consigliere provinciale prevede la carica di consigliere di un comune della regione;
 visti l'articolo 23-bis, comma 3, l'articolo 30-quinquies, comma 4, l'articolo 30-octies nonché l'articolo 30-decies del regolamento interno del Consiglio provinciale;
 esaminata e condivisa la relazione approvata dalla commissione di convalida nella seduta del 7 luglio 2010, che riferisce sul risultato degli accertamenti della commissione in ordine alla posizione di alcuni consiglieri provinciali che sono stati eletti consiglieri comunali in occasione delle recenti consultazioni elettorali per l'elezione diretta dei sindaci e il rinnovo dei consigli comunali, tenutesi il 16 maggio 2010, con ballottaggio il giorno 30 maggio 2010 nei comuni di Bressanone e Merano. In particolare, la commissione ha accertato che il consigliere provinciale Andreas Pöder, eletto componente del consiglio comunale di Lana, ha rinunciato a tale carica e che hanno invece rassegnato le dimissioni dalla nuova carica di consiglieri comunali la consigliera provinciale Elena Artioli e i consiglieri provinciali Donato Seppi e Alessandro Urzi - eletti componenti del consiglio comunale di Bolzano -, l'ex consigliere provinciale Christian Egartner (decaduto dalla carica di consigliere provinciale per effetto della sentenza della Suprema Corte di Cassazione n. 16558/10, di cui il Consiglio provinciale ha preso atto nella seduta del 21 luglio 2010) - eletto componente del consiglio comunale di Vipiteno - nonché il consigliere provinciale Maurizio Vezzali - eletto componente del consiglio comunale di Bressanone: tutti hanno pertanto rimosso la causa di incompatibilità sopravvenuta;

tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DEL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

delibera

nella seduta del _____,

con _____ voti:

di prendere atto del risultato degli accertamenti della commissione di convalida in ordine alla posizione della consigliera provinciale Elena Artioli, dell'ex consigliere provinciale Christian Egartner e dei consiglieri provinciali Andreas Pöder, Donato Seppi, Alessandro Urzi e Maurizio Vezzali;
 di dare atto che la presente deliberazione verrà pubblicata nel Bollettino ufficiale della Regione.

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wir stimmen über den Beschlussfassung ab: bei 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Punkt 8 der Tagesordnung: "Namhaftmachung, auf Vorschlag der politischen Minderheit, eines neuen effektiven Mitgliedes des Landesbeirates für Chancengleichheit für Frauen anstelle der vom entsprechenden Amt zurückgetretenen Frau Katrin Mall."

Punto 8 dell'ordine del giorno: "Designazione, su proposta della minoranza politica, di una nuova componente effettiva della commissione provinciale per le pari opportunità per le donne in sostituzione della sig.ra Katrin Mall, dimissionaria della relative carica."

Das Vorschlagsrecht gehört der politischen Minderheit. Bitte Frau Abgeordnete Mayr, Sie haben das Wort.

MAIR (Die Freiheitlichen): Wir schlagen Frau Helga Morandell Strozzege als effektives Mitglied für den erwähnten Landesbeirat vor.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, somit schreiten wir zur Wahl. Ich bitt um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 31, Stimmen für Frau Helga Morandell Strozzege 25, weiße Stimmzettel 6. Somit ist Frau Helga Morandell Strozzege zum effektiven Mitglied des Landesbeirates für Chancengleichheit für Frauen gewählt worden.

Wir kommen nun zu den nächsten Tagesordnungspunkten in Anwendung von Art. 43 Absatz 3 der Geschäftsordnung, wobei ich mich an den Präsidenten der 1. Gesetzgebungskommission Herrn Nogglers wende.

Punkt 128 der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 56/10, vorgelegt von den Abgeordneten Urzi und Vezzali, „Änderungen zum Landesgesetz vom 4. Februar 2010, Nr. 3 ‚Volksanwaltschaft des Landes Südtirol“ und

Punkt 135 der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 57/10, vorgelegt von den Abgeordneten Urzi und Vezzali, „Änderungen zum Landesgesetz vom 26. Juni 2009, Nr. 3, ‚Kinder- und Jugendanwalt“

Soll eine Terminverlängerung beantragt werden?

NOGGLER (SVP): Der vorliegende Gesetzentwurf Nr. 56/10 wurde am 28. März der ersten Gesetzgebungskommission zugewiesen. Der Gesetzentwurf stand erstmals am 28. April 2010 auf der Tagesordnung der Kommission. Dessen Behandlung wurde dann auf Antrag des Erstunterzeichners, Abgeordneten Urzi, vertagt. In Absprache mit dem Erstunterzeichner ersuche ich, diesen Gesetzentwurf nicht in die Gesetzgebungskommission zurückzuverweisen, sondern ihn auf der Tagesordnung der Landtagssitzung zu belassen.

Dasselbe gilt natürlich auch für den Landesgesetzentwurf Nr. 57/10. Ich ersuche diesen ebenfalls auf der Tagesordnung des Landtages zu belassen.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Punkt 139 der Tagesordnung: **Landesgesetzentwurf Nr. 63/10: „Änderung des Landesgesetzes vom 8. Februar 2010, Nr. 4, ‚Einrichtung und Ordnung des Rates der Gemeinden‘ im Bereich der Beantragung der aufhebenden Volksabstimmung“**.

Punto 139 dell'ordine del giorno: **disegno di legge provinciale n. 63/10: „Modifica della legge provinciale 8 febbraio 2010, n. 4, ‚Istituzione e disciplina del Consiglio dei Comuni‘, riguardo alla richiesta di referendum abrogativo“**.

Ich verlese den Bericht.

STEGER (SVP): *Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!*

Das Landesgesetz vom 8. Februar 2010, Nr. 4, das in seiner Eigenschaft als sog. statutarisches Gesetz gemäß Artikel 47 Absatz 6 des Autonomiestatutes vom Landtag am 18. September 2009 mit der Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder genehmigt worden ist, wurde am 3. November 2009 im Amtsblatt der Region zum Zwecke eines eventuellen Antrages auf Abhaltung eines bestätigenden Referendums kundgemacht. Nachdem kein Antrag auf Abhaltung einer Volksabstimmung gestellt worden ist, wurde das Landesgesetz vom Landeshauptmann beurkundet und am 23. Februar 2010 zum zweiten Mal veröffentlicht und ist am 10. März 2010 in Kraft getreten.

Mit Rekurs vom 22. April 2010, der dem Landeshauptmann am 23. April zugestellt wurde, hat der Präsident des Ministerrates die Verfassungsmäßigkeitsfrage des Artikels 7 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 4/2010 aufgeworfen. Der beanstandete Absatz 2 sieht vor, dass der Rat der Gemeinden mit der Zustimmung von zwei Dritteln seiner Mitglieder eine Volksabstimmung zur gänzlichen oder teilweisen Abschaffung eines Landesgesetzes, welches die Themenbereiche laut Artikel 6 Absatz 1 desselben Landesgesetzes betrifft, beantragen kann. Artikel 6 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 4/2010 listet die Gesetzentwürfe, Verordnungen und allgemeinen Verwaltungsakte des Landes auf, zu denen ein zwingendes Gutachten des Rates der Gemeinden vorgesehen ist. Dabei werden, unter anderem, auch Gesetzentwürfe angeführt, welche die lokalen Steuern, die Lokalfinanzen und den Landeshaushalt betreffen, wobei bei letzterem das zwingende Gutachten des Rates der Gemeinden auf die grundsätzliche Ausrichtung des Haushaltes und jene Aspekte begrenzt ist, welche die Gebietskörperschaften berühren. Durch den direkten internen Verweis auf Artikel 6 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 4/2010 könnte der Rat der Gemeinden theoretisch die Abhaltung einer abschaffenden Volksabstimmung über Landesgesetze beantragen, die gänzlich oder teilweise die Themenbereiche Steuern, Haushalt und Finanzen betreffen. Die römische Regierung beanstandet daher in ih-

rem Rekurs besonders den in Artikel 7 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 4/2010 enthaltenen internen Verweis, der laut Regierung Artikel 75 der Verfassung widerspricht, der die Abhaltung von Volksbefragungen über Steuer- und Haushaltsgesetze verbietet. Auch der im letzten Satz des Absatzes 2 vorgesehene externe Verweis auf die Anwendung des zweiten Abschnittes des Landesgesetzes vom 18. November 2005, Nr. 11, der die einschlägigen Bestimmungen über die aufhebende Volksabstimmung von Landesgesetzen enthält, reicht laut Regierung nicht aus, um die Verfassungsmäßigkeit des umstrittenen Absatzes zu garantieren. Der erste Artikel dieses zweiten Abschnittes des Landesgesetzes Nr. 11/2005 betreffend die Voraussetzungen für die Beantragung einer aufhebenden Volksabstimmung (Artikel 5 Absatz 2) sieht nämlich vor, dass über Steuer- und Haushaltsgesetze keine Volksbefragung abgehalten werden darf. Der genannte II. Abschnitt des Landesgesetzes Nr. 11/2005 kommt gemäß Wortlaut des externen Verweises ("soweit vereinbar") aber nur bedingt zur Anwendung, was laut Rekurs der Regierung die Zweifel der Verfassungsmäßigkeit des Artikels 7 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 4/2010 nicht gänzlich ausräumt.

Auch das Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten des Landtages vertritt die Ansicht, dass das verfassungsrechtliche Verbot, Volksbefragungen über Steuer- und Haushaltsgesetze abzuhalten, selbst durch den in Artikel 7 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 4/2010 enthaltenen externen Verweis auf den zweiten Abschnitt des einschlägigen Landesgesetzes vom 18. November 2005, Nr. 11, nicht vollständig eingehalten wird. Der obgenannte Artikel 5 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 11/2005 kommt aufgrund des Wortlautes des in Artikel 7 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 4/2010 enthaltenen bedingten externen Verweises ("soweit vereinbar, kommt der II. Abschnitt des Landesgesetzes vom 18. November 2005, Nr. 11, in geltender Fassung, zur Anwendung") auch deshalb nicht zum Zuge, weil er dem vorangestellten direkten internen Verweis auf Artikel 6 Absatz 1, der den Vorschriften des Landesgesetzes Nr. 11/2005 in Bezug auf die Voraussetzungen für die Beantragung einer aufhebenden Volksabstimmung teilweise widerspricht, weichen muss. Aus diesem Grund ist laut Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten die von der Zentralregierung aufgeworfene Frage der Verfassungsmäßigkeit von Artikel 7 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 4/2010 nicht völlig unbegründet.

Die Direktorin der Landesabteilung Anwaltschaft hat mit Schreiben vom 4. Mai d. J. dem Landtag mitgeteilt, dass die Landesregierung in ihrer Sitzung vom 3. Mai 2010 beschlossen hat, sich nicht in das behängende Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof einzulassen, weil sie die Einwände der römischen Regierung hinsichtlich der Verfassungswidrigkeit der angefochtenen Bestimmung teile. Vielmehr rege auch die Landesregierung in ihrer Eigenschaft als Passivlegitimierte im Verfahren vor dem Verfassungsgericht eine Abschaffung bzw. Änderung des betreffenden Absatzes des Landesgesetzes Nr. 4/2010 an.

Um ein Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof mit ungewissem Ausgang zu vermeiden, ist es daher ratsam, in kurzer Zeit eine Änderung der angefochtenen Bestimmung im Landtag zu genehmigen, die den Einwänden der Regierung Rechnung trägt. Dabei würde durch eine Änderung des betroffenen Absatzes 2 die neue Befugnis des Rates der Gemeinden betreffend die Möglichkeit der Beantragung einer aufhebenden Volksabstimmung, welche von der Regierung grundsätzlich nicht beanstandet wurde, erhalten bleiben, sie würde aber den Einschränkungen der Verfassung und des obgenannten Artikels 5 Absatz 2 des einschlägigen Landesgesetzes vom 18. November 2005, Nr. 11, "Volksbegehren und Volksabstimmung", angepasst.

Artikel 1 des beiliegenden Gesetzentwurfes sieht die Ersetzung des angefochtenen Artikels 7 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 4/2010 vor, wobei in der neuen Fassung des internen Verweises auf Artikel 6 Absatz 1 ausdrücklich auf das Verbot der Abhaltung von abschaffenden Volksbefragungen über Landesgesetze betreffend lokale Steuern, die Lokalfinanzen oder den Landeshaushalt verwiesen wird. Im zweiten Satz von Absatz 2 werden im externen Verweis auf den zweiten Abschnitt des Landesgesetzes Nr. 11/2005 die Wörter "soweit vereinbar" gestrichen, wodurch den Einwänden der Regierung vollinhaltlich Rechnung getragen wird.

Die in Artikel 2 enthaltene Dringlichkeitsklausel sieht das Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzentwurfes am Tag nach seiner Kundmachung im Amtsblatt der Region vor. Nachdem mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ein sog. statutarisches Landesgesetz geändert werden soll, kommt die Bestimmung laut Artikel 47 des Autonomiestatutes zur Anwendung, wodurch das Gesetz im Anschluss an seine Genehmigung im Landtag im Amtsblatt der Region zum Zwecke eines eventuellen Antrages

auf Abhaltung eines bestätigenden Referendums kundgemacht werden muss. Wird innerhalb von drei Monaten kein Antrag auf Abhaltung einer Volksabstimmung gestellt, kann das Gesetz nach dessen Beurkundung und neuerlichen Veröffentlichung in Kraft treten.

Dies vorausgeschickt, ersuche ich um eine rasche Genehmigung des Entwurfes in der zuständigen Gesetzgebungskommission und im Landtag, damit die von der Regierung aufgeworfenen Fragen der Verfassungsmäßigkeit so bald wie möglich ausgeräumt werden können. Eine Gesetzesänderung im Sinne der Regierung würde nämlich einen langen Rechtsstreit vermeiden und eine frühzeitige Auflassung des behängenden Verfahrens vor dem Verfassungsgerichtshof mit sich bringen.

Gentili consiglieri e consiglieri,

la legge provinciale 8 febbraio 2010, n. 4, è stata approvata dal Consiglio provinciale il 18 settembre 2009 a maggioranza dei due terzi dei componenti in quanto legge cosiddetta statutaria ai sensi dell'articolo 47, comma 6, dello statuto di autonomia, quindi pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione il 3 novembre 2009 ai fini di un'eventuale richiesta di referendum confermativo. Non essendoci stata alcuna richiesta di referendum, la legge è stata promulgata dal presidente della Provincia, pubblicata la seconda volta il 23 febbraio 2010, e il 10 marzo 2010 è entrata in vigore.

Con ricorso del 22 aprile 2010, fatto pervenire al presidente della Provincia il 23 aprile, il presidente del Consiglio dei ministri ha sollevato la questione di costituzionalità dell'articolo 7, comma 2, della legge provinciale n. 4/2010. Il contestato comma 2 prevede che il Consiglio dei comuni possa richiedere, con l'approvazione di due terzi dei componenti, un referendum sull'abrogazione totale o parziale di una legge provinciale riguardante materie di cui all'articolo 6, comma 1, della medesima legge provinciale. L'articolo 6, comma 1, della legge provinciale n. 4/2010 elenca i disegni di legge, regolamenti e atti amministrativi generali della Provincia su cui è previsto un parere obbligatorio del Consiglio dei comuni. Si tratta, fra l'altro, anche di disegni di legge riguardanti tributi locali, la finanza locale o la manovra finanziaria provinciale. Riguardo a quest'ultima il parere obbligatorio del Consiglio dei comuni è richiesto limitatamente alle linee d'impostazione della manovra di bilancio e agli aspetti riguardanti gli enti locali. Col riferimento diretto all'articolo 6, comma 1, della legge provinciale n. 4/2010 il Consiglio dei comuni potrebbe in teoria richiedere un referendum abrogativo su leggi provinciali riguardanti in tutto o in parte le materie tributi, bilancio e finanze. Perciò il Governo nel proprio ricorso contesta soprattutto il riferimento interno contenuto all'articolo 7, comma 2, della legge provinciale n. 4/2010: questo riferimento contraddirebbe l'articolo 75 della Costituzione, che vieta il referendum su leggi tributarie e di bilancio. Secondo il punto di vista del Governo il riferimento esterno – contenuto nell'ultimo periodo del comma 2 – all'applicazione del capo II della legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11, non basta a garantire la costituzionalità del comma contestato. Detto capo II contiene le relative disposizioni sul referendum abrogativo di leggi provinciali. Il primo articolo del succitato capo della legge provinciale n. 11/2005, riguardante i presupposti per la richiesta di un referendum abrogativo (articolo 5, comma 2), stabilisce infatti che non si possono tenere referendum su leggi tributarie e di bilancio. Però, secondo la lettera del riferimento esterno ("in quanto compatibile") il capo II della legge provinciale n. 11/2005 si applica solo a certe condizioni, e ciò secondo il ricorso del Governo non elimina del tutto i dubbi sulla costituzionalità dell'articolo 7, comma 2, della legge provinciale n. 4/2010.

Anche secondo l'ufficio affari legislativi e legali del Consiglio provinciale, il divieto costituzionale di tenere referendum su leggi tributarie e di bilancio non può essere pienamente osservato nemmeno in base al riferimento esterno – contenuto all'articolo 7, comma 2, della legge provinciale n. 4/2010 – al capo II della relativa legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11. In base alla lettera del riferimento esterno condizionato contenuto all'articolo 7, comma 2, della legge provinciale n. 4/2010 ("Si applica, in quanto compatibile, il Capo II della legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11, e successive modifiche") l'articolo 5, comma 2, della legge provinciale n. 11/2005 non ha effetto anche perché passa necessariamente in sottordine rispetto al precedente riferimento interno diretto che rinvia all'articolo 6, comma 1; e quest'ultimo contraddice in parte le disposizioni della legge provinciale n. 11/2005 riguardo ai presupposti per la richiesta di un referendum abrogativo. Per questo motivo l'ufficio affari legislativi e legali considera non del tutto infondata l'obiezione d'incostituzionalità avanzata dal Governo riguardo all'articolo 7, comma 2, della legge provinciale n. 4/2010.

La direttrice della ripartizione provinciale avvocatura ha comunicato al Consiglio provinciale, con lettera del 4 maggio c.a., che nella seduta del 3 maggio 2010 la Giunta provinciale ha deciso di non prendere parte al procedimento pendente presso la Corte costituzionale, condividendo la Giunta le obiezioni del Governo riguardo all'incostituzionalità della disposizione impugnata. Piuttosto anche la Giunta, nella sua qualità di legittimata passiva nel procedimento presso la Corte costituzionale, propone l'abolizione ovvero modifica del relativo comma della legge provinciale n. 4/2010.

Per evitare un procedimento con esito incerto presso la Corte costituzionale è pertanto consigliabile che il Consiglio provinciale approvi in tempi brevi una modifica della disposizione impugnata, che tenga conto delle obiezioni del Governo. Tale modifica del relativo comma 2 lascerebbe immutata la nuova competenza del Consiglio dei comuni riguardo alla possibilità di richiedere un referendum abrogativo, competenza a cui il Governo non ha fatto obiezioni di principio; ma adeguerebbe il comma ai limiti posti dalla Costituzione e dal succitato articolo 5, comma 2, della relativa legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11, "Iniziativa popolare e referendum".

L'articolo 1 del presente disegno di legge prevede la sostituzione dell'impugnato articolo 7, comma 2, della legge provinciale n. 4/2010. Il nuovo testo del riferimento interno che richiama l'articolo 6, comma 1, cita esplicitamente il divieto di tenere referendum abrogativi su leggi provinciali aventi a oggetto tributi locali, la finanza locale o la manovra finanziaria provinciale. Nel secondo periodo del comma 2, e specificamente nel riferimento esterno al capo II della legge provinciale n. 11/2005, sono soppresse le parole "in quanto compatibile", accogliendo così completamente le obiezioni del Governo.

La clausola d'urgenza contenuta nell'articolo 2 prevede che il presente disegno di legge entri in vigore il giorno dopo la sua pubblicazione sul Bollettino Ufficiale della Regione. Siccome il presente disegno di legge modifica una legge provinciale cosiddetta statutaria, si applica la disposizione dell'articolo 47 dello statuto di autonomia, per cui dopo l'approvazione del Consiglio la legge è pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione ai fini di un'eventuale richiesta di referendum confermativo. Se entro tre mesi non vi è alcuna richiesta di referendum la legge, una volta promulgata e nuovamente pubblicata, può entrare in vigore.

Ciò premesso, chiedo che il disegno di legge sia rapidamente approvato dalla competente commissione legislativa e dal Consiglio, per rimuovere al più presto le obiezioni di incostituzionalità sollevate dal Governo. Infatti una modifica alla legge nel senso desiderato dal Governo eviterebbe una lunga controversia e comporterebbe una rapida chiusura del procedimento pendente presso la Corte costituzionale.

Ich ersuche um Verlesung des Berichtes der ersten Gesetzgebungskommission.

NOGGLER (SVP): Die I. Gesetzgebungskommission hat den Landesgesetzentwurf Nr. 63/10 in ihrer Sitzung vom 9. Juli 2010 behandelt.

Der Einbringer des Gesetzentwurfes, Landtagspräsident Dieter Steger (SVP), verwies in seinen Erläuterungen auf das vor dem Verfassungsgerichtshof anhängige Verfahren zu Landesgesetz Nr. 4/2010 betreffend den Rat der Gemeinden. Die Regierung hatte die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Artikels 7 Absatz 2 aufgeworfen. Der genannte Absatz sieht vor, dass der Rat der Gemeinden die Einleitung einer aufhebenden Volksabstimmung beantragen kann, ohne jedoch die von vornherein ausgeschlossenen Sachbereiche ausdrücklich zu nennen. Laut Artikel 75 der Verfassung ist es nämlich nicht möglich, die vollständige oder teilweise Aufhebung eines Steuer- oder Haushaltsgesetzes zu beantragen. In ihrem Rekurs vertrat die Regierung die Ansicht, dass der Verweis auf das Landesgesetz Nr. 11/2005 betreffend Volksabstimmungen nicht ausreichend klar sei. Das Rechtsamt des Landtages war ebenfalls der Ansicht, dass die Frage der Verfassungsmäßigkeit aufgrund eines weiteren Verweises, der im selben Absatz enthalten ist, nicht völlig unbegründet sei. Eine ausdrückliche Regelung in Bezug auf die ausgeschlossenen Sachbereiche sei auf jeden Fall vorzuziehen, zumal die Landesregierung in ihrer ersten Sitzung im Mai beschlossen hatte, sich nicht in das Verfahren einzulassen. Der Landtagspräsident schloss seine Erläuterungen ab, indem er um die Genehmigung der vorgeschlagenen formellen Anpassungen ersuchte, um ein weiteres Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof zu vermeiden.

Der Abg. Arnold Schuler (SVP) betonte, dass der Entwurf für das Landesgesetz Nr. 4/2010 vom Verfassungsrechtsprofessor Ambrosi ausgearbeitet worden sei und sicher nicht das Ziel verfolgt habe, eindeutig verfassungswidrige Volksabstimmungen zuzulassen. Außerdem seien die vom Autonomiestatut vorgesehenen Fristen für eine Anfechtung dieses Satzungsgesetzes längst verstrichen, so dass der Einwand seitens der Regierung zu spät vorgebracht worden sei. Allerdings vertrat auch der Abgeordnete die Ansicht, dass es vernünftiger sei, diese technische Änderung in das Gesetz einzubauen, um einen weiteren Rechtsstreit zu unterbinden.

Der Vorsitzende Josef Noggler teilte der Kommission mit, dass der Rat der Gemeinden eine positive Stellungnahme zum Entwurf abgegeben hatte.

Zum Abschluss der Generaldebatte genehmigte die Kommission den Übergang zur Artikeldebatte des Landesgesetzentwurfes Nr. 63/10 mit 4 Ja-Stimmen, und 1 Gegenstimme bei 1 Enthaltung.

Die einzelnen Artikel wurden mit folgendem Abstimmungsergebnis genehmigt:

Artikel 1: Die Kommission behandelte den Änderungsantrag der Abg. Noggler und Schuler zu den Absätzen 2 und 3. Der Abg. Schuler erläuterte, dass die Bemessungsgrundlage für die Entschädigung des Präsidenten des Rates der Gemeinden nicht klar aus dem Gesetz hervorgehe und es daher der vorgeschlagenen Klarstellung bedürfe. Es sei während der Arbeiten am entsprechenden Gesetzentwurf klar hervorgegangen, dass dem Präsidenten des Rates der Gemeinden 20 % der gesamten Entschädigung des Landtagspräsidenten zustehen sollen. Nach kurzer Beratung über die Zweckmäßigkeit der Anknüpfung an letztgenannte Entschädigung wurde der Änderungsantrag zu Artikel 1 genehmigt. Einige Kommissionsmitglieder überlegten, einen Änderungsantrag für das Plenum vorzubereiten, der die Entschädigung der Landtagsabgeordneten als Bemessungsgrundlage für die Entschädigung des Präsidenten des Rates der Gemeinden heranzieht. Sodann genehmigte die Kommission den so geänderten Artikel mit 5 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme bei 1 Enthaltung.

Artikel 2: der Artikel wurde ohne Diskussion mit 5 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme bei 1 Enthaltung genehmigt.

In der Schlussabstimmung wurde der Landesgesetzentwurf Nr. 63/10 in seiner Gesamtheit mit 5 Ja-Stimmen (Vors. Noggler, Abg.e Pardeller, Pichler Rolle, Schuler und Stirner Brantsch) und 1 Gegenstimme (Abg. Seppi) bei 1 Enthaltung (Abg. Klotz) genehmigt.

La I commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge provinciale n. 63/10 nella seduta del 9 luglio 2010.

Il presentatore del disegno di legge, il presidente del Consiglio provinciale Dieter Steger (SVP), ha richiamato il procedimento pendente presso la Corte costituzionale relativo al disegno di legge provinciale n. 4/2010 sul Consiglio dei comuni. Il Governo ha sollevato la questione di costituzionalità dell'articolo 7, comma 2. Detto comma prevede che il Consiglio dei comuni possa chiedere che si tenga un referendum abrogativo, senza però indicare gli ambiti esclusi a priori. Infatti ai sensi dell'articolo 75 della Costituzione non è possibile chiedere l'abrogazione totale o parziale di leggi tributarie o di bilancio. Nel proprio ricorso il Governo sostiene che il richiamo alla legge provinciale n. 11/2005 sui referendum non sia sufficientemente chiaro. Anche l'ufficio legale del Consiglio provinciale aveva affermato di non poter escludere il dubbio di incostituzionalità del rinvio contenuto nel comma. Una regolamentazione esplicita degli ambiti esclusi è comunque preferibile, tanto più che la Giunta provinciale nella sua prima seduta di maggio aveva deciso di non volersi costituire nel procedimento. Il presidente del Consiglio provinciale ha concluso la sua illustrazione chiedendo l'approvazione dei proposti adeguamenti formali, per evitare un ulteriore procedimento presso la Corte costituzionale.

Il cons. Arnold Schuler (SVP) ha sottolineato che il testo del disegno di legge provinciale n. 4/2010 era stato elaborato dal prof. Ambrosi, docente di diritto costituzionale, e che certo non voleva consentire referendum chiaramente incostituzionali. Inoltre i termini previsti dallo statuto di autonomia per l'impugnazione di questa legge statutaria sono scaduti da molto tempo; dunque l'obiezione del Governo è stata presentata troppo tardi. Anche il consigliere è comunque dell'opinione che sia più ragionevole introdurre nella legge questa modifica tecnica per interrompere un ulteriore contenzioso giuridico.

Il presidente Josef Noggler ha quindi comunicato alla commissione che il Consiglio dei comuni ha dato parere positivo al disegno di legge.

Conclusa la discussione generale la commissione ha approvato il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge provinciale n. 63/10 con 4 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

I singoli articoli sono stati approvati con le seguenti votazioni:

Articolo 1: la commissione ha trattato l'emendamento dei cons. Noggler e Schuler ai commi 2 e 3. Il cons. Schuler ha spiegato che dal testo non risulta chiaramente la base di calcolo per l'indennità del presidente del Consiglio dei comuni, e che dunque c'è bisogno della specificazione proposta. Durante la trattazione del relativo disegno di legge era emerso chiaramente che l'indennità spettante al presidente del Consiglio dei comuni doveva ammontare al 20% dell'indennità complessiva del presidente del Consiglio provinciale. Dopo una breve discussione sull'opportunità di agganciare l'indennità a quella del presidente del Consiglio, l'emendamento all'articolo 1 è stato approvato. Alcuni componenti hanno considerato la possibilità di predisporre un emendamento per l'aula, per porre l'indennità dei consiglieri provinciali alla base del calcolo per l'indennità del presidente del Consiglio dei comuni. La commissione ha quindi approvato l'articolo così emendato con 5 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

Articolo 2: l'articolo è stato approvato senza discussione con 5 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

Nella votazione finale il disegno di legge provinciale n. 63/10 è stato approvato nel suo complesso con 5 voti a favore (pres. Noggler, cons. Pardeller, Pichler Rolle, Schuler e Stirner Brantsch), 1 voto contrario (cons. Seppi) e 1 astensione (cons. Klotz).

PRÄSIDENT: Ich eröffne hiermit die Generaldebatte. Wenn es keine Wortmeldungen gibt, dann stimmen wir den Übergang von der Generaldebatte zur Artikeldebatte ab: mit 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 1

Änderung des Landesgesetzes vom 8. Februar 2010, Nr. 4,

"Einrichtung und Ordnung des Rates der Gemeinden"

1. Artikel 7 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 8. Februar 2010, Nr. 4, erhält folgende Fassung:

"2. Mit der Zustimmung von Zwei Dritteln der Mitglieder kann der Rat eine Volksabstimmung zur gänzlichen oder teilweisen Abschaffung eines Landesgesetzes, welches Themenbereiche laut Artikel 6 Absatz 1 betrifft, mit Ausnahme der Landesgesetze bezüglich lokale Steuern, die Lokalfinanzen oder den Landeshaushalt, beantragen. Diesbezüglich kommt der II. Abschnitt des Landesgesetzes vom 18. November 2005, Nr. 11, in geltender Fassung, zur Anwendung."

2. Artikel 11 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 8. Februar 2010, Nr. 4, erhält folgende Fassung:

„1. Dem Präsidenten des Rates der Gemeinden steht eine Vergütung von 20 Prozent der gesamten dem Landtagspräsident zustehenden wirtschaftlichen Behandlung zu.“

3. Die Bestimmung laut Absatz 2 findet ab dem Tag der Einsetzung des ersten im Sinne des Landesgesetzes vom 8. Februar 2010, Nr. 4, gewählten Rates der Gemeinden Anwendung.

Art. 1

Modifica della legge provinciale 8 febbraio 2010, n. 4,

"Istituzione e disciplina del Consiglio dei comuni"

1. Il comma 2 dell'articolo 7 della legge provinciale 8 febbraio 2010, n. 4, è sostituito dal seguente:

"2. Il Consiglio, con il voto favorevole dei due terzi dei componenti, può chiedere il referendum popolare per l'abrogazione totale o parziale di una legge provinciale riguardante materie di cui all'articolo 6, comma 1, escluse le leggi provinciali aventi a oggetto tributi locali, la finanza locale o la manovra finanziaria provinciale. Si applica il Capo II della legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11, e successive modifiche."

2. Il comma 1 dell'articolo 11 della legge provinciale 8 febbraio 2010, n. 4, è sostituito dal seguente:

"1. Al presidente del Consiglio dei comuni spetta un'indennità nella misura del 20 per cento del trattamento economico complessivo spettante al presidente del Consiglio provinciale."

3. La disposizione di cui al comma 2 trova applicazione con effetto dalla data di insediamento del primo Consiglio dei comuni eletto ai sensi della legge provinciale 8 febbraio 2010, n. 4.

Abgeordneter Pöder, Sie haben sich zu Wort gemeldet, bitte.

PÖDER (UFS): Ich habe zu diesem Artikel 1 Absatz 2 eine Frage. Bisher stand im Artikel drin, dass dem Präsidenten eine Aufwandsentschädigung im Ausmaß von 20 Prozent der Aufwandsentschädigung des Landtagspräsidenten zusteht. Da hat man wahrscheinlich nicht genau nachvollziehen können, welches die Aufwandsentschädigung des Landtagspräsidenten ist, die eines Abgeordneten plus Amtsentwöhnung oder nur die Amtsentwöhnung. Aber viel klarer wird es jetzt auch nicht. Was heißt die „gesamte zustehende wirtschaftliche Behandlung“. Versteht man damit wirklich das Abgeordnetengehalt plus 46 Prozent oder versteht man damit unter Umständen auch den Repräsentationsfonds, das Übergangsgeld, usw.? Wenn also garantiert ist, dass man damit nur die Aufwandsentschädigung plus 46 Prozent versteht, dann habe ich nichts dagegen. Ansonsten müsste man sich noch einmal darüber unterhalten.

PRÄSIDENT: Zur Erläuterung möchte ich sagen, dass der Repräsentationsfonds ein eigenes Ausgabe-kapitel darstellt und mit der wirtschaftlichen Vergütung des Präsidenten nichts zu tun. Er hängt mit Spesen zusammen und ist nicht ein Einkommen, das der Präsident bekommt. Hier ist also unter dem Begriff „gesamte wirtschaftliche Behandlung“ einerseits die Entschädigung für die Abgeordnetentätigkeit und andererseits der Zuschlag für die Ausübung der Funktion des Landtagspräsidenten zu verstehen.

Abgeordneter Egger, Sie haben sich zu Wort gemeldet, bitte.

EGGER (Die Freiheitlichen): Ich stelle leider fest, dass die Gesetze, die wir letztthin machen, nicht sehr gut formuliert sind. Auch hier haben wir wieder einen solchen Fall, wo ein Gesetz, welches am 8. Februar 2010 genehmigt wurde, bereits nachjustieren müssen. Der erste Punkt ist für mich klar und geht auch in Ordnung, wenn es um die Themenbereiche geht, wo der Rat der Gemeinden mit einer qualifizierten Mehrheit Volksabstimmungen zur gänzlichen oder teilweisen Abschaffung eines Landesgesetzes einleiten kann. Aber auch hier hat es offensichtlich einer Nachjustierung gebraucht, um verfassungsrechtlich in Ordnung zu sein. Zum zweiten Punkt, wo es um die Vergütung bzw. Entschädigung des Präsidenten des Rates der Gemeinden geht, habe ich aber eine Frage, und zwar steht im Artikel 2, dass dem Präsidenten des Rates der Gemeinden eine Vergütung von 20 Prozent der „gesamten dem Landtagspräsident zustehenden wirtschaftlichen Behandlung“ zusteht. Es war mir schon klar, dass dies nicht den Repräsentationsfonds mit einschließt. Die Frage ist aber, ob es nur die Amtsentwöhnung oder womöglich auch die Abfertigung oder gar die Pensionsberechtigung oder dergleichen mehr betrifft? Hier ersuche ich um eine entsprechende Antwort.

PRÄSIDENT: Der Präsident des Rates der Gemeinden hat - sofern ich die gestellte Frage beantworten darf, nachher gebe ich gerne dem Kollegen Schuler das Wort, wenn er etwas ergänzen will – natürlich keine Ruhestandsberechtigung und ähnliches. Er ist kein Abgeordneter, sondern es geht allein um die mathematische Bemessung als Berechnungsgrundlage für die Bemessung der dem Präsidenten zustehenden Vergütung. Es werden keine anderen Elemente dazugenommen. Es ist die Vergütung für die Abgeordnetentätigkeit plus die 46 Prozent Zusatzentschädigung für die Funktion des Landtagspräsidenten.

SCHULER (SVP): Wichtig ist, und anscheinend war das nicht ganz klar formuliert, dass man eine Bemessungsgrundlage hat. Es geht nur darum, dass man für diese 20 Prozent eine klare Bemessungsgrundlage hat. Natürlich hat es nichts mit Pensionsansprüchen oder Abfertigung oder dem Repräsentationsfonds zu tun. Es geht einzig und allein, darum, die Bemessungsgrundlage zu definieren. Es wurde auch in der Gesetzgebungskommission von Donato Seppi die Frage aufgeworfen, ob man als Bezugspunkt nicht besser die Entschädigung eines Abgeordneten hernehmen sollte. Ich glaube, dass die Formulierung jetzt klar genug ist und dass es nicht wieder Interpretationsschwierigkeiten geben dürfte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Anch'io vorrei sottolineare, come ha detto il collega Egger, che evidentemente c'è qualcosa che non funziona nella nostra attività legislativa se poi ex post troviamo continuamente cose da correggere. Questa volta positivo è il fatto che di fronte ad un'osservazione del governo se ne riconosce il senso e ci pensiamo noi a mettere le cose a posto. Però credo che vada fatta più attenzione in futuro anche alla tecnica legislativa.

Detto questo, vorrei fare una domanda secca. Rispetto a quello che oggi è riconosciuto al presidente del Consiglio dei Comuni l'approvazione di questa norma non cambia niente ma chiarisce solo per avere un quadro

non ambiguo? Mettiamo che lui abbia preso lo stipendio ieri, poi la norma viene approvata e lui prende lo stipendio dopo la norma, questi due stipendi sono gli stessi o c'è un cambiamento in più o in meno?

SCHULER (SVP): Zur Klärung der Lage. Es wurde beschlossen, dass der Präsident des Rates der Gemeinden, der in dieser Funktion auch Präsident des Gemeindenverbandes ist, die gleiche Entschädigung wie der Präsident einer Bezirksgemeinschaft haben sollte, also in etwa 4.100 Euro brutto monatlich. Wenn man 20 Prozent der Bruttoentschädigung des Landtagspräsidenten berechnet, dann müsste das so ziemlich genau dem entsprechen, was bisher der Präsident des Rates der Gemeinden als Entschädigung bekommen hat.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): A volte mi sembra che si vogliano andare a creare delle situazioni poco rischiose e poco chiare quando non c'è ragione di farlo. Il presidente di questo consesso decise, qualche mese addietro, una riduzione del suo emolumento aggiuntivo, se non sbaglio rinunciò al 15%. Vi sembra giusto che il presidente del Consiglio dei Comuni debba subire decisioni legittime di questa natura da parte di un presidente del Consiglio e pagarne le conseguenze indirette senza averne nessuna colpa o nessuna ragione? Legare un emolumento alla carica del presidente del Consiglio è una cosa errata, come sarebbe sbagliato legarlo al presidente della Giunta, perché il presidente della Giunta potrebbe decidere da un giorno all'altro di prendere il 40% in meno. È giusto che il presidente del Consiglio dei Comuni debba subire decisioni di questo tipo, che non lo riguardano? Il riferimento deve essere lo stipendio del consigliere provinciale, che è stabilito dal Consiglio regionale che è democraticamente e istituzionalmente più ampio della decisione personale di un presidente della Giunta o del Consiglio. Non sono a dire che questo guadagna troppo o troppo poco. Dico, se questo 20%, rapportato a quell'importo, lo trasformiamo ad un rapporto nei confronti dello stipendio del consigliere, diventerà il 30, 33 o 35%, ma riferiamolo al consigliere provinciale, non al presidente del Consiglio!

Poi la domanda che ha fatto il collega Egger non è assolutamente sbagliata, perché quando io dico "complessivo", noi abbiamo delle ritenute per pagare la pensione. Ora, siccome giustamente Lei dice che la pensione a questo non la diamo, quelle ritenute che a noi vengono fatte per la pensione, a lui non le facciamo, di conseguenza lui si trova tutto nell'emolumento mensile. Quando si dice "complessivo" significa tutto, perfino questo. Allora rapportiamolo al consigliere provinciale!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Es ist hier einiges schon gesagt worden. Was Kollege Seppi ausgeführt hat, hat eine Logik. Wir bemessen beispielsweise die Bürgermeistergehälter auch ausgehend vom Gehalt eines Landtagsabgeordneten. Kollege Egger hat es bereits gesagt, wir sind Meister in der Formulierung, die dann Interpretationsspielraum bietet. Man sollte ein Gesetz so machen, dass es die Hausfrau, der Pfarrer, der Apotheker, der Akademiker und der Bauer gleich verstehen. Warum schreiben wir nicht einen Betrag ins Gesetz. Ich habe es hochgerechnet und es sind ungefähr 4.000 Euro. Schreiben wir doch 4.000 Euro, mit Inflationsausgleich, hinein. Dann kann man die ganzen Verweise auf andere Gehälter weglassen. Dann weiß auch der Bürger, der dieses Gesetz liest, wie viel der Präsident des Rates der Gemeinden verdient, er muss nicht nachfragen, wie viel der Landtagspräsident verdient, der wiederum 50 Prozent mehr als ein Abgeordneter verdient, usw.. Die Rechnerei geht dann wieder los. Wir kennen die Diskussion um die Politikergehälter, wo die Juristensprache so ausgelegt ist, dass sie immer auf Gesetze verweist, womit man immer erst nachrechnen muss. Der eine redet dann von Bruttowerten und der andere vom Nettogehalt. Es entsteht eine Konfusion und dadurch haben wir immer wieder die Diskussion um die Politikergehälter. Nennen wir doch einfach die Zahlen!

THALER ZELGER (SVP): Solche Diskussionen haben wir auch geführt. Nachdem es jetzt aber nicht mehr möglich ist, eine Änderung vorzunehmen, müssen wir es so belassen. Ob man dann diese Aussage mit einer Ziffer ersetzen könnte, es sind genau 4.192,8 Euro, das weiß ich nicht. Was Kollege Egger bezüglich des Pensionsanteils usw. gefragt hat, ist es so, dass natürlich das Bruttogehalt das alles beinhaltet. Das Bruttogehalt des Abgeordneten beinhaltet die Abfindung, weil dieser Prozentsatz zurückbehalten und am Ende der Legislatur ausgezahlt wird, genauso ist es mit den 30 Prozent des Bruttogehaltes, die nach dem Steuerabzug noch vom Gehalt des Abgeordneten abgezogen werden. Ich denke, hier meint man wirklich das gesamte Bruttoeinkommen, das somit die Aufwandsentschädigung und das Tagegeld eines Abgeordneten und den Zuschlag von 46 Prozent, der die Amtsvergütung des Landtagspräsidenten darstellt, beinhaltet. Das macht dann brutto 4.192,8 Euro aus, wobei dann ein bestimmter Steuersatz abgezogen wird.

PRÄSIDENT: Ich selbst möchte dazu nicht antworten, denn der Antrag ist in der Gesetzgebungskommission eingebracht worden.

Herr Abgeordneter Leitner, Sie melden sich zum Fortgang der Arbeiten zu Wort, bitte.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich ersuche um getrennte Abstimmung von Punkt 1 und Punkt 2, weil ich der Meinung bin, dass der Punkt 2 besser formuliert sein sollte.

PRÄSIDENT: Somit wird getrennt abgestimmt. Also stimmen wir somit den Absatz 1 des Artikels 1 ab.: bei 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Wir stimmen nun über die Absätze 2 und 3 ab, weil sie zusammenhängen: bei 12 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen genehmigt.

Art. 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Kundmachung im Amtsblatt der Region in Kraft.

Art. 2

Entrata in vigore

1. La presente legge entra in vigore il giorno dopo la sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

Ich sehe keine Wortmeldungen und bringe diesen Artikel 2 somit zur Abstimmung: bei 8 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist Artikel 2 genehmigt.

Wir kommen nun zu den Stimmabgabeerklärungen. Ich sehe keine Wortmeldungen.

Somit stimmen wir über den Landesgesetzentwurf Nr. 63/10 ab. Vorher möchte ich nur noch einen technischen Hinweis geben. Dieser Gesetzentwurf hatte folgenden Titel: „Änderung des Landesgesetzes vom 8. Februar 2010 Nr. 4 „Einrichtung und Ordnung des Rates der Gemeinden im Bereich der Beantragung der aufhebenden Volksabstimmung“. Nachdem aber in der Gesetzgebungskommission ein zusätzlicher Punkt in den Artikel 1 eingefügt worden ist, der mit der Beantragung von Volksabstimmungen nichts zu tun hat, wird dieser letzte Teil „im Bereich der Beantragung der aufhebenden Volksabstimmung“ gestrichen. Es macht logischerweise keinen Sinn mehr, weil wir nun im Gesetz mehrere Bestimmungen haben. Ursprünglich war nur jene Bestimmung, die die Volksabstimmung betroffen hat, drin. Dasselbe gilt natürlich auch für den italienischen Text, wo nach dem Wort „comuni“ die weiteren Worte „riguardo alla richiesta di referendum abrogativo“ gestrichen sind.

Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 29, Ja-Stimmen 16, Nein-Stimmen 6, weiße Stimmzettel 7. Ich stelle fest, dass dieser Gesetzentwurf nicht genehmigt wurde.

Sie wissen ja, es war ein verstärktes Verfahren dafür notwendig, das die absolute Mehrheit verlangt. Insofern ist dieser Gesetzentwurf von der Aula abgelehnt worden. Jetzt muss man schauen, wie wir mit dem Verfahren umgehen, das in Rom beim Verfassungsgerichtshof behängt.

Wir fahren nun mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Punkt 138 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 65/10: „Die Oberstufe des Bildungssystems des Landes Südtirol“.*

Punto 138 dell'ordine del giorno: *disegno di legge provinciale n. 65/10: “Secondo ciclo di istruzione e formazione della Provincia autonoma di Bolzano”*

Ich ersuche um Verlesung des Berichtes.

TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura italiana e all'edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei): *Nell'articolo 64 del decreto legge 25 giugno 2008, n. 112, convertito dalla legge 6 agosto 2008, n. 133, è stata creata la base per un ampio riordino del se-*

condo ciclo a livello statale. Il Consiglio dei Ministri ha approvato perciò il 4 febbraio 2010 i corrispondenti regolamenti di esecuzione che prevedono l'attuazione della riforma già a partire del 1° settembre 2010 nelle prime classi delle scuole secondarie di secondo grado.

L'introduzione della riforma del secondo ciclo in Alto Adige sarà rimandata di un anno scolastico e poi introdotta gradualmente con discipline transitorie, non essendo possibile elaborare anche in Alto Adige i fondamenti giuridici per una riforma così ampia ed incisiva in pochi mesi con il consenso delle parti. Questo rinvio però è strutturato in modo tale che tutte le classi delle scuole secondarie di secondo grado dell'Alto Adige possono sostenere l'esame di Stato "riformato" contemporaneamente con quelle del restante territorio dello Stato nell'anno scolastico 2014/2015 (nell'anno scolastico 2012/2013 la riforma comprenderà a tal fine, oltre alle prime e seconde classi, anche le terzi classi).

Con il presente disegno di legge si definisce il secondo ciclo costituito da tre pilastri dell'istruzione liceale, dell'istruzione tecnica e dell'istruzione e formazione professionale. Il sistema provinciale di istruzione e formazione professionale viene ridisegnato tenendo conto della storia e delle specificità culturali di ogni gruppo linguistico.

La Provincia autonoma di Bolzano ha disciplinato l'ambito della scuola dell'infanzia e del primo ciclo con legge provinciale 16 luglio 2008, n. 5. Con il presente disegno di legge quadro si tratta di disciplinare adesso per la prima volta organicamente l'ambito del secondo ciclo.

SPIEGAZIONE DEI SINGOLI ARTICOLI

Art. 1 – Finalità del secondo ciclo della Provincia autonoma di Bolzano

Questo articolo sottolinea che il secondo ciclo è parte integrante del sistema educativo di istruzione e formazione; esso è costituito dai percorsi dell'istruzione liceale, dell'istruzione tecnica e dell'istruzione e formazione professionale che hanno pari valore educativo e formativo.

Il secondo ciclo consolida le conoscenze e le competenze acquisite nel primo ciclo, tiene conto delle diverse attitudini, delle diversità nei ritmi di apprendimento e garantisce misure volte all'individualizzazione e alla personalizzazione degli apprendimenti.

Art. 2 – Struttura

I percorsi dell'istruzione liceale e dell'istruzione tecnica hanno durata quinquennale e si concludono con l'esame di Stato.

L'istruzione e formazione professionale integra:

a) percorsi di durata triennale e quadriennale finalizzati al conseguimento di una qualifica professionale o di un diploma professionale, nonché l'apprendistato teorico-pratico per le professioni, oggetto di specifica formazione in forma duale e che si conclude con una qualifica professionale;

b) un quinto anno aggiuntivo con il quale per la prima volta i giovani potranno sostenere l'esame di Stato anche nell'ambito della formazione professionale e quindi eventualmente proseguire gli studi. La possibilità di introdurre tale quinto anno in Alto Adige è disciplinata dall'articolo 6, comma 5 del decreto del Presidente della Repubblica 15.03.2010, n. 87, relativo al riordino degli istituti professionali. La Giunta provinciale vi provvede d'intesa con il Ministero dell'Istruzione, dell'Università e della Ricerca.

c) percorsi di istruzione professionale di durata quinquennale che si concludono con l'esame di Stato.

Art. 3 – Licei

Questo articolo contiene norme generali sul compito formativo dei percorsi dell'istruzione liceale. I percorsi dell'istruzione liceale forniscono un'ampia istruzione generale e mirano a trasmettere alle studentesse ed agli studenti gli strumenti culturali e metodologici per una comprensione approfondita della realtà e, in particolare, ad offrire loro una base per la prosecuzione degli studi. Il profilo educativo dei singoli percorsi liceali è definito nelle indicazioni provinciali.

I percorsi dell'istruzione liceale citati nel disegno di legge corrispondono a quelli adottati a livello statale, sia per quello che riguarda le tipologie che gli indirizzi e le opzioni.

Art. 4 – Istituti tecnici

Questo articolo contiene disposizioni generali sul compito formativo dei percorsi dell'istruzione tecnica, il quale consiste in particolare nel trasmettere alle studentesse ed agli studenti una base culturale di carattere economico, scientifico e tecnologico. L'assolvimento di un istituto tecnico permette un accesso diretto al mondo del lavoro come anche la prosecuzione degli studi. Il profilo educativo dei singoli istituti tecnici è stabilito nelle indicazioni provinciali.

I tipi, gli indirizzi e le articolazioni degli istituti tecnici citati nel disegno di legge corrispondono a quelli statali.

Art. 5 – Istruzione e formazione professionale

Il compito formativo dei percorsi dell'istruzione e formazione professionale consiste essenzialmente nel formare le studentesse e gli studenti a svolgere con competenza e capacità riflessiva un'attività professionale; inoltre tali percorsi consentono di raggiungere diversi livelli di qualificazione professionale fino al conseguimento di un titolo di studio in esito all'esame di Stato.

L'articolazione dei percorsi dell'istruzione e formazione professionale e le loro finalità essenziali sono illustrate negli articoli 1 e 2. Il rispettivo profilo educativo è stabilito nelle indicazioni provinciali.

Inoltre alle scuole di formazione professionale è attribuita l'autonomia con regolamento di esecuzione della Giunta provinciale.

Art. 6 – Corsi per adulti

La finalità di questo articolo consiste nell'includere anche la formazione per adulti come parte integrante del sistema educativo del secondo ciclo della Provincia. In questo senso le indicazioni provinciali definiscono i criteri e le modalità organizzative di svolgimento dei corsi finalizzati al conseguimento di un titolo di studio (p.es. dei corsi serali) per i percorsi dell'istruzione liceale e dell'istruzione tecnica.

Si rinvia alla normativa provinciale già esistente per quanto riguarda lo svolgimento dei corsi per adulti nell'ambito della formazione professionale finalizzati al conseguimento di qualifiche, di diplomi professionali e di titoli di studio.

Art. 7 – Orientamento, continuità educativa e permeabilità

Per prevenire la dispersione scolastica e favorire scelte consapevoli per il perseguimento del successo formativo, le istituzioni scolastiche provvedono al relativo orientamento dei giovani e delle loro famiglie.

La Giunta provinciale approva i criteri generali per il riconoscimento dei crediti formativi da parte delle scuole e i criteri per la certificazione delle competenze. Stabilisce inoltre criteri per la realizzazione della permeabilità tra i percorsi del secondo ciclo, nonché i presupposti per l'ammissione agli esami delle qualifiche professionali.

Si persegue anche la maggiore permeabilità possibile nel biennio obbligatorio attraverso il riferimento agli assi culturali comuni e, nelle indicazioni provinciali, ad un'area comune in termine di discipline.

Art. 8 – Programmazione dell'offerta formativa

La Giunta provinciale definisce linee di intervento di politica educativa che costituiscano la base per l'elaborazione del piano di distribuzione dell'offerta di istruzione e formazione, al fine di pianificare in modo efficiente l'offerta formativa secondo le peculiari caratteristiche ed esigenze dei tre gruppi linguistici.

Ai fini dell'attuazione dell'offerta formativa del secondo ciclo possono fare capo ad un'unica istituzione scolastica scuole e istituti di diversi ordini e gradi.

Art. 9 – Indicazioni provinciali per la definizione dei curricula nei licei e negli istituti tecnici

Questo articolo indica i contenuti da disciplinare nelle indicazioni provinciali per i percorsi liceali e i percorsi tecnici (come gli obiettivi formativi generali, il profilo educativo, le conoscenze, abilità e competenze da raggiungere, l'orario delle lezioni e il monte ore delle singole discipline, i criteri per l'utilizzo della quota di flessibilità, e altro). Le indicazioni provinciali sono approvate dalla Giunta provinciale, sentito il Consiglio scolastico provinciale, e sono trasmesse ai sensi delle norme di attuazione dello Statuto di autonomia al Ministero dell'Istruzione, dell'Università e della Ricerca per l'audizione e l'acquisizione del parere del Consiglio Nazionale della Pubblica Istruzione.

Art. 10 – Indicazioni provinciali per la definizione dei curricula nell'istruzione e formazione professionale

Questa disposizione contiene i principi generali di cui la Giunta provinciale deve tenere conto nell'approvazione delle indicazioni provinciali per le scuole della formazione professionale (p.es. il concetto di professione, lo sviluppo personale e la crescita professionale dei giovani, il sostegno nel progettare e sviluppare attivamente la propria carriera professionale).

Riguardo ai percorsi di istruzione professionale vale la stessa disciplina delle indicazioni provinciali per i percorsi liceali e i percorsi dell'istruzione tecnica (vedi l'articolo 9).

Art. 11 – Orario delle lezioni

L'orario di insegnamento comprende una quota obbligatoria di base e – se prevista nelle indicazioni provinciali – una quota facoltativa opzionale.

Il monte ore minimo definito per legge ammonta nel quinquennio a 4590 ore (ciò corrisponde a 27 ore settimanali di 60 minuti per 34 settimane di insegnamento) nei licei, negli istituti tecnici e negli istituti di istruzione professionale in lingua italiana e tedesca, a 4760 ore (ciò corrisponde a 28 ore settimanali; l'aumento di un'ora d'insegnamento alla settimana risulta dal modello dell'insegnamento paritetico valido per le scuole delle località ladine) nei licei, negli istituti tecnici e negli istituti di istruzione professionale delle località ladine. Attraverso la determinazione del monte ore minimo delle lezioni per un quinquennio ci sarà la possibilità di creare la base per l'introduzione di nuove forme di insegnamento innovative (p.es. insegnamento per moduli) nelle indicazioni provinciali.

Questo monte ore minimo di insegnamento garantito per legge può essere aumentato dalle indicazioni provinciali nonché dalle istituzioni scolastiche nei limiti delle loro risorse disponibili.

Art. 12 – Valutazione

Per quanto attiene alla valutazione nei licei, negli istituti tecnici e negli istituti professionali, saranno recepiti i principi della disciplina statale (ad es. la validità dell'anno scolastico con la frequenza di almeno tre quarti dell'orario annuale personalizzato, le competenze del consiglio di classe).

La Giunta provinciale stabilisce disposizioni generali per la valutazione ed i presupposti per interventi educativi e didattici per il recupero e lo sviluppo degli apprendimenti, nonché le modalità del loro svolgimento e la disciplina concernente gli esami di idoneità e gli esami integrativi.

Per la valutazione e la certificazione delle competenze acquisite nei percorsi della formazione professionale, si rinvia alla vigente normativa provinciale.

Art. 13 – Esami di Stato

Riguardo all'ammissione e allo svolgimento degli esami di Stato trovano applicazione le norme statali.

Art. 14 – Modifica della legge provinciale 16 luglio 2008, n. 5, recante "Obiettivi formativi generali ed ordinamento della scuola dell'infanzia e del primo ciclo di istruzione"

In base alle esperienze fatte sinora, l'attuale sistema della valutazione del sistema scolastico dovrà essere ripensato completamente. Inoltre, dovrà essere elaborato un progetto che valga indifferente-mente per l'intero sistema di istruzione e formazione della Provincia. Il presente articolo definisce i principi fondamentali relativi alla valutazione interna e valutazione esterna. La nuova disciplina organica del sistema educativo sarà definita con regolamento di esecuzione.

Art. 15 – Modifica della legge provinciale 29 giugno 2000, n. 12, recante "Autonomia delle scuole"

La legge provinciale n. 12/2000 sull'autonomia delle scuole e la legge provinciale n. 2/2008 prevedono che ai fini dell'assunzione del personale docente le Intendenze scolastiche istituiscono graduatorie provinciali e le scuole graduatorie d'istituto. Le scuole, infatti, redigono anche graduatorie per candidate e candidati che sono in possesso di titoli idonei all'insegnamento.

Questa modifica di legge è dovuta alla decisione della Giunta provinciale del 10 maggio 2010 secondo la quale a decorrere dall'anno scolastico 2010/2011 il compito relativo alla predisposizione e gestione delle graduatorie viene assegnato alle Intendenze scolastiche. In questo modo si vuole garantire una valutazione e un giudizio delle candidate e dei candidati omogeneo per tutte le scuole ed alleggerire il carico di lavoro delle segreterie scolastiche. La valutazione delle domande di inserimento comporta infatti un maggior dispendio di lavoro e la predisposizione delle graduatorie deve avvenire in tempi brevi. A questo proposito è necessario abrogare con la lettera b) del comma 3 dell'articolo 17 del presente disegno di legge anche la vigente disposizione secondo la quale le scuole compilano le graduatorie d'istituto.

Art. 16 – Norme finali e transitorie

È previsto che la Giunta provinciale emani i criteri per il riconoscimento dei crediti formativi, per la certificazione delle competenze, per la realizzazione della permeabilità tra i diversi percorsi nonché i presupposti per l'ammissione agli esami delle qualifiche professionali entro un anno dall'entrata in vigore della presente legge.

È previsto inoltre che le direttrici e i direttori della formazione professionale in possesso della laurea abbiano titolo per essere preposti a dirigere istituti scolastici del secondo ciclo, mentre quelli delle scuole primarie e secondarie possano essere preposti a dirigere le scuole della formazione profes-

sionale. In ambedue i casi è prevista la frequenza di un apposito percorso formativo, definito dalla Giunta provinciale.

Anche la durata in carica del Consiglio scolastico provinciale sarà prorogata per due anni in base all'imminente riforma degli organi collegiali della scuola.

Art. 17 – Abrogazione di disposizioni

Con l'entrata in vigore delle indicazioni provinciali non trovano più applicazione per le classi coinvolte nella riforma una serie di leggi provinciali contenenti gli attuali programmi ed orari di insegnamento delle scuole secondarie di secondo grado; a partire dal 1° settembre 2014 sono definitivamente abrogate. Con l'entrata in vigore del regolamento di esecuzione concernente il riordinamento della valutazione del sistema educativo di istruzione e formazione sono inoltre abrogate le vigenti disposizioni di legge in questa materia.

Art. 18 – Entrata in vigore

Il riordino del secondo ciclo entrerà in vigore in Alto Adige un anno dopo rispetto al livello statale.

Im Artikel 64 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 25. Juni 2008, Nr. 112, mit Gesetz vom 6. August 2008, Nr. 133, in Gesetz umgewandelt, wurde auf Staatsebene die Grundlage für eine umfassende Neuordnung der Oberstufe geschaffen. Dazu hat der Ministerrat am 4. Februar 2010 die entsprechenden Durchführungsverordnungen erlassen, welche die Umsetzung der Reform bereits mit 1. September 2010 in den ersten Klassen der Oberschulen vorsehen.

Zumal es nicht möglich ist, in wenigen Monaten auch in Südtirol die Rechtsgrundlagen für eine so umfassende und einschneidende Reform im gesellschaftlichen Konsens auszuarbeiten, soll die Einführung der Oberstufenreform in Südtirol um ein Schuljahr aufgeschoben werden. Diese Verschiebung ist jedoch so gestaltet, dass sämtliche Klassengemeinschaften der Südtiroler Oberschulen zeitgleich mit jenen im restlichen Staatsgebiet die „reformierte“ Abschlussprüfung im Schuljahr 2014/2015 absolvieren können (zu diesem Zwecke wird im Schuljahr 2012/2013 die Reform nämlich neben den ersten und zweiten Klassen auch die dritten Klassen umfassen).

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird eine Oberstufe geschaffen, die aus drei Säulen besteht: den Gymnasien, den Fachoberschulen und den Schulen der Berufsbildung. Die Berufsbildung wird unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung und der kulturellen Besonderheiten der drei Sprachgruppen neu gezeichnet.

Das Land Südtirol hat den Bereich des Kindergartens und der Unterstufe mit dem Landesgesetz vom 16. Juli 2008, Nr. 5, geregelt. Nun geht es darum, mit dem vorliegenden Rahmengesetzentwurf erstmals den Bereich der Oberstufe in Südtirol organisch zu regeln.

ERLÄUTERUNG DER EINZELNEN ARTIKEL

Art. 1 – Zielsetzungen der Oberstufe der Autonomen Provinz Bozen

Dieser Artikel hebt hervor, dass die Oberstufe Teil des Bildungssystems des Landes ist und aus den gleichwertigen Bildungswegen der Gymnasien, der Fachoberschulen und der Berufsbildung besteht.

Die Oberstufe festigt die in der Unterstufe erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen, berücksichtigt die unterschiedlichen Begabungen und Lernrhythmen und gewährleistet Maßnahmen zur Individualisierung und Personalisierung des Lernens.

Art. 2 – Aufbau

Die Gymnasien und Fachoberschulen sind fünfjährig und schließen mit der staatlichen Abschlussprüfung ab.

Die Berufsbildung integriert:

a) drei- und vierjährige Fachschulen, die zum Erwerb eines Berufsbefähigungszeugnisses bzw. eines Berufsbildungsdiploms führen sowie Lehrlingsausbildungen, die sich auf Lehrberufe mit theoretisch-praktischer Ausbildung im dualen System beziehen und die mit einem Berufsbefähigungszeugnis abschließen,

b) ein zusätzliches, fünftes Bildungsjahr, mit dem nun erstmals sichergestellt wird, dass die Jugendlichen auch im Bereich der Berufsbildung die staatliche Abschlussprüfung erwerben können. Somit steht ihnen ein weiterführendes Studium offen. Die Durchführung dieses fünften Bildungsjahres in Südtirol ist im Artikel 6 Absatz 5 des Dekrets des Präsidenten der Republik vom 15.03.2010, Nr. 87, zur Neuordnung der Lehranstalten geregelt und wird von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Ministerium für Unterricht, Universität und Forschung durchgeführt.

c) *fünffährige berufsbildende Oberschulen, die mit der staatlichen Abschlussprüfung enden (Nachfolgeschulen der derzeitigen Lehranstalten),*

Art. 3 – Gymnasien

Dieser Artikel enthält allgemeine Bestimmungen zum Bildungsauftrag der Gymnasien. Sie bieten eine breite Allgemeinbildung und vermitteln den Schülerinnen und Schülern die kulturellen und methodischen Voraussetzungen zum vertieften Verständnis der Gegenwart und insbesondere die Grundlage für ein weiterführendes Studium. Das Bildungsprofil der einzelnen Gymnasien wird in den Rahmenrichtlinien des Landes definiert.

Die im Gesetzentwurf angeführten Gymnasien entsprechen jenen auf Staatsebene, sowohl was die Typen als auch die Fachrichtungen und Schwerpunkte betrifft.

Art. 4 – Fachoberschulen

Dieser Artikel enthält allgemeine Bestimmungen zum Bildungsauftrag der Fachoberschulen, der insbesondere darin besteht, Schülerinnen und Schülern eine kulturelle, wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Grundbildung zu vermitteln. Der Abschluss einer Fachoberschule ermöglicht einen direkten Einstieg in die Arbeitswelt ebenso wie ein Weiterstudium. Das Bildungsprofil der einzelnen Fachoberschulen wird in den Rahmenrichtlinien des Landes festgelegt.

Die im Gesetzentwurf angeführten Typen, Fachrichtungen und Schwerpunkte der Fachoberschulen entsprechen jenen des Staates.

Art. 5 – Berufsbildung

Der Bildungsauftrag der Berufsbildung besteht im Wesentlichen darin, die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in der reflexiven beruflichen Handlungsfähigkeit zu festigen und den Erwerb von Berufsbefähigungen unterschiedlichen Niveaus bis hin zur staatlichen Abschlussprüfung zu ermöglichen.

Die Gliederung der Schulen der Berufsbildung und deren wesentliche Zielsetzungen sind in den Artikeln 1 und 2 erläutert. Das jeweilige Bildungsprofil wird in den Rahmenrichtlinien des Landes festgelegt.

Zudem wird den Schulen der Berufsbildung mit Durchführungsverordnung der Landesregierung Autonomie zuerkannt.

Art. 6 – Kurse für Erwachsene

Zweck dieses Artikels ist es, auch die Erwachsenenbildung als integrierenden Teil des Bildungssystems der Oberstufe des Landes festzuschreiben. In diesem Sinne legen die Rahmenrichtlinien des Landes für die Gymnasien und Fachoberschulen die Kriterien und Organisationsformen für die Durchführung von Kursen zur Erlangung eines Studientitels fest (z.B. Abendschulen).

Bezüglich der Durchführung von Erwachsenenkursen im Bereich der Berufsbildung zum Erwerb von Berufsbefähigungszeugnissen, Berufsbildungsdiplomen und Studientiteln wird auf die bereits bestehenden Landesbestimmungen verwiesen.

Art. 7 – Orientierung, Bildungskontinuität und Durchlässigkeit

Um Schulabbrüchen vorzubeugen und bewusste Entscheidungen für den Bildungserfolg zu fördern, sorgen die Schulen für die entsprechende Orientierung von Jugendlichen und ihren Familien.

Die Landesregierung genehmigt allgemeine Kriterien für die Anerkennung von Bildungsguthaben durch die Schulen und Kriterien für die Bescheinigung der Kompetenzen. Zudem legt sie Kriterien für die Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen der Oberstufe sowie die Voraussetzungen für die Zulassung zu den Prüfungen zum Erwerb einer beruflichen Qualifikation fest.

Angestrebt wird auch eine größtmöglich geregelte Durchlässigkeit im Pflichtbiennium durch den Bezug auf gemeinsame Bildungsgrundsätze und die Festlegung eines gemeinsamen Anteils an Fächern in den Rahmenrichtlinien des Landes.

Art. 8 – Planung des Bildungsangebotes

Um das Bildungsangebot möglichst effizient sowie den besonderen Gegebenheiten und dem Bedarf der drei Sprachgruppen entsprechend zu planen, bestimmt die Landesregierung bildungspolitische Leitlinien, welche die Grundlage für die Ausarbeitung des Verteilungsplans der Oberstufe bilden.

Zum Zwecke der Umsetzung des Bildungsangebotes können die Direktionen alle Schulstufen und Schularten umfassen.

Art. 9 – Rahmenrichtlinien des Landes für die Festlegung der Curricula in den Gymnasien und Fachoberschulen

Dieser Artikel gibt die Inhalte an, die in den Rahmenrichtlinien des Landes für die Gymnasien und Fachoberschulen zu regeln sind (wie die allgemeinen Bildungsziele, das Bildungsprofil, die zu erreichenden Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen, die Unterrichtszeit und Stundenkontingente der einzelnen Fächer, die Kriterien für die Nutzung der Flexibilitätsquote u.a.). Die Rahmenrichtlinien werden nach Anhören des Landesschulrates von der Landesregierung genehmigt und im Sinne der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut an das Ministerium für Unterricht, Universität und Forschung für die Anhörung und das Einholen des Gutachtens des gesamtstaatlichen Rates für den öffentlichen Unterricht gesandt.

Art. 10 – Rahmenrichtlinien des Landes für die Festlegung der Curricula in der Berufsbildung

Diese Bestimmung enthält die allgemeinen Grundsätze, welche die Landesregierung bei der Genehmigung der Rahmenrichtlinien des Landes für die Schulen der Berufsbildung berücksichtigen muss (z.B. das Prinzip der Beruflichkeit, die persönliche und berufliche Entwicklung der Jugendlichen, die Unterstützung bei der Planung und aktiven Gestaltung der beruflichen Laufbahn).

Bezüglich der berufsbildenden Oberschulen gilt dieselbe Regelung wie für die Rahmenrichtlinien des Landes für die Gymnasien und Fachoberschulen (siehe Artikel 9).

Art. 11 – Unterrichtszeit

Die Unterrichtszeit umfasst eine verpflichtende Grundquote und – sofern in den Rahmenrichtlinien des Landes vorgesehen – einen Wahlbereich.

Das gesetzlich festgelegte Mindeststundenkontingent beträgt in den deutsch- und italienischsprachigen Gymnasien, Fachoberschulen und berufsbildenden Oberschulen im Fünfjahreszeitraum 4590 Stunden (das entspricht 27 Wochenstunden à 60 Minuten bei 34 Unterrichtswochenstunden), in den ladinischen Gymnasien, Fachoberschulen und berufsbildenden Oberschulen 4760 Stunden (dies entspricht 28 Wochenstunden; die Erhöhung um eine Unterrichtsstunde pro Woche ergibt sich aus dem paritätischen Modell, das für die ladinischen Schulen gilt). Durch die Festlegung der Mindestunterrichtszeit über einen Fünfjahreszeitraum soll die Möglichkeit bestehen, in den Rahmenrichtlinien des Landes die Grundlage für die Einführung neuer, innovativer Unterrichtsformen (z.B. Kurssysteme, Blockunterricht) zu schaffen.

Diese gesetzlich garantierte Mindestunterrichtszeit kann von den Rahmenrichtlinien des Landes sowie von den Schulen im Rahmen ihrer verfügbaren Ressourcen erhöht werden.

Art. 12 – Bewertung

Im Bereich der Bewertung in den Gymnasien, Fachoberschulen und berufsbildenden Oberschulen werden die Grundsätze der staatlichen Bestimmungen (z.B. die Gültigkeit des Schuljahres bei einer Mindestanwesenheit von drei Vierteln des persönlichen Jahresstundenplans, die Zuständigkeiten des Klassenrates) übernommen.

Die Landesregierung legt die allgemeinen Bestimmungen zur Bewertung und die Voraussetzungen für pädagogisch-didaktische Maßnahmen für das Nachholen von Lernrückständen und die Steigerung des Lernerfolgs sowie die Modalitäten für deren Durchführung und die Regelung der Eignungs- und Ergänzungsprüfungen fest.

Für die Bewertung und Bescheinigung der erworbenen Kompetenzen in den Schulen der Berufsbildung wird auf die geltenden Landesbestimmungen verwiesen.

Art. 13 – Staatliche Abschlussprüfungen

Hinsichtlich der Zulassung und Durchführung der staatlichen Abschlussprüfungen finden die staatlichen Bestimmungen Anwendung.

Art. 14 – Änderung des Landesgesetzes vom 16. Juli 2008, Nr. 5, „Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe“

Aufgrund der bisher gesammelten Erfahrungen soll das bestehende System der Evaluation des Schulsystems grundsätzlich überdacht und ein Konzept erarbeitet werden, das für das gesamte Bildungssystem des Landes gleichermaßen gilt. Dieser Artikel legt die wesentlichen Grundsätze zur internen Evaluation und zur externen Evaluation fest. Die organische Neuregelung der Evaluation des Bildungssystems erfolgt mit Durchführungsverordnung.

Art. 15 – Änderung des Landesgesetzes vom 29. Juni 2000, Nr. 12, „Autonomie der Schulen“

Das Landesgesetz Nr. 12/2000 zur Autonomie der Schulen und das Landesgesetz Nr. 2/2008 sehen für die Aufnahme des Lehrpersonals die Errichtung von Landesranglisten durch die Schulämter und die Errichtung von Schulranglisten durch die Schulen vor. Die Schulen erstellen nämlich auch Rang-

listen für Bewerberinnen und Bewerber, welche für den Unterricht geeignete Studientitel vorweisen können.

Diese Gesetzesänderung beruht auf der Entscheidung der Landesregierung vom 10. Mai 2010: Damals entschied die Landesregierung, den Schulämtern ab dem Schuljahr 2010/2011 sämtliche Zuständigkeiten für die Erstellung und Führung der Ranglisten zu übertragen, um auf diese Weise eine einheitliche Bewertung und Einschätzung der Bewerberinnen und Bewerber an allen Schulen landesweit zu gewährleisten und die Schulsekretariate künftig zu entlasten. Die Überprüfung der einzelnen Gesuche ist nämlich mit einem hohen Zeitaufwand verbunden und die Erstellung der Schulranglisten muss binnen kürzester Zeit erfolgen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auch die bestehende Bestimmung, wonach die Schulen Schulranglisten erstellen, mit Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe b) des vorliegenden Gesetzentwurfes aufzuheben.

Art. 16 – Schluss- und Übergangsbestimmungen

Es wird vorgesehen, dass die Landesregierung die Kriterien für die Anerkennung der Bildungsguthaben, für die Bescheinigung der Kompetenzen, für die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen sowie die Voraussetzungen für die Zulassung zu den Prüfungen zum Erwerb einer beruflichen Qualifikation innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erlässt.

Weiters wird die Möglichkeit geschaffen, dass die Direktorinnen und Direktoren der Berufsbildung mit Laureat den Rechtstitel haben, mit der Führung einer Schule der Oberstufe und jene der Grund-, Mittel- und Oberschulen mit der Führung einer Schule der Berufsbildung betraut werden können. In beiden Fällen ist der Besuch einer eigens von der Landesregierung festgelegten Ausbildung vorgesehen.

Auch die Amtsdauer des Landesschulrates soll aufgrund der bevorstehenden Reform der Mitbestimmungsgremien im Schulbereich um zwei Schuljahre verlängert werden.

Art. 17 – Aufhebung von Bestimmungen

Mit Inkrafttreten der Rahmenrichtlinien des Landes werden für die sich in der Reform befindenden Klassen eine Reihe von Landesgesetzen, welche die derzeitigen Lehrpläne und Stundentafeln der Oberschulen enthalten, nicht mehr angewandt; mit 1. September 2014 werden sie endgültig aufgehoben. Zudem werden mit Inkrafttreten der Durchführungsverordnung zur Neuregelung der Evaluation des Bildungssystems die derzeit in diesem Bereich geltenden Gesetzesbestimmungen aufgehoben.

Art. 18 – Inkrafttreten

Die Neuordnung der Oberstufe tritt in Südtirol ein Jahr später als auf Staatsebene in Kraft.

Vorsitz des Vizepräsidenten – presidenza del Vicepresidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Grazie assessore. Adesso la parola va al presidente della commissione, consigliere Nogler, per la lettura della relazione della prima commissione legislativa, prego.

NOGLER (SVP): Die I. Gesetzgebungskommission hat den Landesgesetzentwurf Nr. 63/10 in ihrer Sitzung vom 9. Juli 2010 behandelt.

Der Einbringer des Gesetzentwurfes, Landtagspräsident Dieter Steger (SVP), verwies in seinen Erläuterungen auf das vor dem Verfassungsgerichtshof anhängige Verfahren zu Landesgesetz Nr. 4/2010 betreffend den Rat der Gemeinden. Die Regierung hatte die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Artikels 7 Absatz 2 aufgeworfen. Der genannte Absatz sieht vor, dass der Rat der Gemeinden die Einleitung einer aufhebenden Volksabstimmung beantragen kann, ohne jedoch die von vornherein ausgeschlossenen Sachbereiche ausdrücklich zu nennen. Laut Artikel 75 der Verfassung ist es nämlich nicht möglich, die vollständige oder teilweise Aufhebung eines Steuer- oder Haushaltsgesetzes zu beantragen. In ihrem Rekurs vertrat die Regierung die Ansicht, dass der Verweis auf das Landesgesetz Nr. 11/2005 betreffend Volksabstimmungen nicht ausreichend klar sei. Das Rechtsamt des Landtages war ebenfalls der Ansicht, dass die Frage der Verfassungsmäßigkeit aufgrund eines weiteren Verweises, der im selben Absatz enthalten ist, nicht völlig unbegründet sei. Eine ausdrückliche Regelung in Bezug auf die ausgeschlossenen Sachbereiche sei auf jeden Fall vorzuziehen, zumal die Landesregierung in ihrer ersten Sitzung im Mai beschlossen hatte, sich nicht in das Verfahren einzulassen. Der Landtagspräsident schloss seine Erläuterungen ab, indem er um die Genehmi-

gung der vorgeschlagenen formellen Anpassungen ersuchte, um ein weiteres Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof zu vermeiden.

Der Abg. Arnold Schuler (SVP) betonte, dass der Entwurf für das Landesgesetz Nr. 4/2010 vom Verfassungsrechtsprofessor Ambrosi ausgearbeitet worden sei und sicher nicht das Ziel verfolgt habe, eindeutig verfassungswidrige Volksabstimmungen zuzulassen. Außerdem seien die vom Autonomiestatut vorgesehenen Fristen für eine Anfechtung dieses Satzungsgesetzes längst verstrichen, sodass der Einwand seitens der Regierung zu spät vorgebracht worden sei. Allerdings vertrat auch der Abgeordnete die Ansicht, dass es vernünftiger sei, diese technische Änderung in das Gesetz einzubauen, um einen weiteren Rechtsstreit zu unterbinden.

Der Vorsitzende Josef Nogglter teilte der Kommission mit, dass der Rat der Gemeinden eine positive Stellungnahme zum Entwurf abgegeben hatte.

Zum Abschluss der Generaldebatte genehmigte die Kommission den Übergang zur Artikeldebatte des Landesgesetzentwurfes Nr. 63/10 mit 4 Ja-Stimmen, und 1 Gegenstimme bei 1 Enthaltung.

Die einzelnen Artikel wurden mit folgendem Abstimmungsergebnis genehmigt:

Artikel 1: Die Kommission behandelte den Änderungsantrag der Abg. Nogglter und Schuler zu den Absätzen 2 und 3. Der Abg. Schuler erläuterte, dass die Bemessungsgrundlage für die Entschädigung des Präsidenten des Rates der Gemeinden nicht klar aus dem Gesetz hervorgehe und es daher der vorgeschlagenen Klarstellung bedürfe. Es sei während der Arbeiten am entsprechenden Gesetzentwurf klar hervorgegangen, dass dem Präsidenten des Rates der Gemeinden 20 % der gesamten Entschädigung des Landtagspräsidenten zustehen sollen. Nach kurzer Beratung über die Zweckmäßigkeit der Anknüpfung an letztgenannte Entschädigung wurde der Änderungsantrag zu Artikel 1 genehmigt. Einige Kommissionsmitglieder überlegten, einen Änderungsantrag für das Plenum vorzubereiten, der die Entschädigung der Landtagsabgeordneten als Bemessungsgrundlage für die Entschädigung des Präsidenten des Rates der Gemeinden heranzieht. Sodann genehmigte die Kommission den so geänderten Artikel mit 5 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme bei 1 Enthaltung.

Artikel 2: der Artikel wurde ohne Diskussion mit 5 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme bei 1 Enthaltung genehmigt.

In der Schlussabstimmung wurde der Landesgesetzentwurf Nr. 63/10 in seiner Gesamtheit mit 5 Ja-Stimmen (Vors. Nogglter, Abg.e Pardeller, Pichler Rolle, Schuler und Stirner Brantsch) und 1 Gegenstimme (Abg. Seppi) bei 1 Enthaltung (Abg. Klotz) genehmigt.

La I commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge provinciale n. 63/10 nella seduta del 9 luglio 2010.

Il presentatore del disegno di legge, il presidente del Consiglio provinciale Dieter Steger (SVP), ha richiamato il procedimento pendente presso la Corte costituzionale relativo al disegno di legge provinciale n. 4/2010 sul Consiglio dei comuni. Il Governo ha sollevato la questione di costituzionalità dell'articolo 7, comma 2. Detto comma prevede che il Consiglio dei comuni possa chiedere che si tenga un referendum abrogativo, senza però indicare gli ambiti esclusi a priori. Infatti ai sensi dell'articolo 75 della Costituzione non è possibile chiedere l'abrogazione totale o parziale di leggi tributarie o di bilancio. Nel proprio ricorso il Governo sostiene che il richiamo alla legge provinciale n. 11/2005 sui referendum non sia sufficientemente chiaro. Anche l'ufficio legale del Consiglio provinciale aveva affermato di non poter escludere il dubbio di incostituzionalità del rinvio contenuto nel comma. Una regolamentazione esplicita degli ambiti esclusi è comunque preferibile, tanto più che la Giunta provinciale nella sua prima seduta di maggio aveva deciso di non volersi costituire nel procedimento. Il presidente del Consiglio provinciale ha concluso la sua illustrazione chiedendo l'approvazione dei proposti adeguamenti formali, per evitare un ulteriore procedimento presso la Corte costituzionale.

Il cons. Arnold Schuler (SVP) ha sottolineato che il testo del disegno di legge provinciale n. 4/2010 era stato elaborato dal prof. Ambrosi, docente di diritto costituzionale, e che certo non voleva consentire referendum chiaramente incostituzionali. Inoltre i termini previsti dallo statuto di autonomia per l'impugnazione di questa legge statutaria sono scaduti da molto tempo; dunque l'obiezione del Governo è stata presentata troppo tardi. Anche il consigliere è comunque dell'opinione che sia più ragionevole introdurre nella legge questa modifica tecnica per interrompere un ulteriore contenzioso giuridico.

Il presidente Josef Noggler ha quindi comunicato alla commissione che il Consiglio dei comuni ha dato parere positivo al disegno di legge.

Conclusa la discussione generale la commissione ha approvato il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge provinciale n. 63/10 con 4 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

I singoli articoli sono stati approvati con le seguenti votazioni:

Articolo 1: la commissione ha trattato l'emendamento dei conss. Noggler e Schuler ai commi 2 e 3. Il cons. Schuler ha spiegato che dal testo non risulta chiaramente la base di calcolo per l'indennità del presidente del Consiglio dei comuni, e che dunque c'è bisogno della specificazione proposta. Durante la trattazione del relativo disegno di legge era emerso chiaramente che l'indennità spettante al presidente del Consiglio dei comuni doveva ammontare al 20% dell'indennità complessiva del presidente del Consiglio provinciale. Dopo una breve discussione sull'opportunità di agganciare l'indennità a quella del presidente del Consiglio, l'emendamento all'articolo 1 è stato approvato. Alcuni componenti hanno considerato la possibilità di predisporre un emendamento per l'aula, per porre l'indennità dei consiglieri provinciali alla base del calcolo per l'indennità del presidente del Consiglio dei comuni. La commissione ha quindi approvato l'articolo così emendato con 5 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

Articolo 2: l'articolo è stato approvato senza discussione con 5 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

Nella votazione finale il disegno di legge provinciale n. 63/10 è stato approvato nel suo complesso con 5 voti a favore (pres. Noggler, conss. Pardeller, Pichler Rolle, Schuler e Stirner Brantsch), 1 voto contrario (cons. Seppi) e 1 astensione (cons. Klotz).

PRESIDENTE: Vista l'ora chiudo la seduta di oggi e riprendiamo la seduta domani con il dibattito generale. Grazie per la collaborazione.

ORE 18.48 UHR

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

ARTIOLI (11, 17, 18)

BIZZO (17)

DELLO SBARBA (28)

EGGER (28)

HEISS (3, 7)

KASSLATTER MUR (7)

KLOTZ (4, 11, 14)

KNOLL (5)

LEITNER (5, 10, 14, 17, 18, 29, 30)

MAIR (16, 21)

MINNITI (6)

MUSSNER (17)

NOGGLER (22, 25, 37)

PICHLER ROLLE (14, 15, 16, 17, 18)

PÖDER (28)

SCHULER (28, 29)

SEPPI (8, 10, 13, 14, 29)

STEGER (22)

STOCKER S. (6)

THALER ZELGER (29)

TOMMASINI (12, 30)

URZÌ (6, 14)